

Das Magazin des Deutschen Studentenwerks

# DSW JOURNAL

## DACH GESUCHT!

**Nach dem Runden Tisch:  
Bundesbauminister Peter Ramsauer  
zur studentischen Wohnungsnot.  
Das Interview → Seite 10**



**STUDENTENWERKE**  
Berufseinstieg leichter machen → 24

**ULRIKE BEISIEGEL** im Porträt:  
Klare Kante zeigen → 28

**REINHOLD R. GRIMM** Perspektiven  
der Akkreditierung → 32

# Stapelweise gute Geschenk-Ideen!



Verschenke  
Charity-Geschenke  
von OxfamUnverpackt!

Esel, Ziege, Schaf und Huhn –  
vier von 41 originellen und sinnvollen Geschenken auf  
[www.OxfamUnverpackt.de/Stapel](http://www.OxfamUnverpackt.de/Stapel)



## Zimmer frei?

Es war zu erwarten. Wie schon im Jahr zuvor durfte sich eine halbe Million Studienanfänger über einen Studienplatz freuen – und viele standen erneut zu Semesterbeginn ohne Dach über dem Kopf da. Auch wiederholen sich die Meldungen in den Medien seit Semestern: Studierende, die verzweifelt Wohnraum suchen, Unterbringung in Notunterkünften, WG-Zimmer, deren Mieten stetig steigen. Mehr als 20 Bewerber auf einen Wohnheimplatz sind keine Seltenheit. Bund und Länder zeigen bisher kaum Bereitschaft, die notwendigen 25 000 Wohnheimplätze zu fördern, um die Wohnungsnot abzumildern.

Im November 2012 sah Bundesbauminister Peter Ramsauer dann doch einen Grund zu handeln und lud zu einem Runden Tisch ein. Wir haben ihn im Februar 2013 gefragt, welche Schritte konkret vorgesehen sind. Greift der Bund nun ein?\_Seite 10

Der Wohnungsmarkt-Experte Tobias Jacobs gibt einen Einblick in die Besonderheiten des studentischen Wohnungsmarkts. Für den gelten teilweise eigene Regeln, die es schwer machen, preisgünstigen Wohnraum zu finden.\_Seite 15

Die Autonomie hat den Hochschulen viel Schwung gebracht. Aber auch viel Widerstand innen und außen. In einigen Bundesländern, aktuell in Nordrhein-Westfalen, überlegen nun die Landesregierungen, die Hochschulgesetze zu novellieren und die Autonomie einzuschränken. Anna Lehmann hat sich umgehört: Geht es vorwärts in die Vergangenheit?\_Seite 18

Mehr Autonomie dagegen will Reinhold R. Grimm, der Vorsitzende des Akkreditierungsrats, zukünftig den Hochschulen bei der Konzipierung von Studiengängen überlassen. In der Rubrik Perspektive reflektiert er über neue Formen der Akkreditierung, die Bürokratie abbauen und die Hochschulen in ihrer Profilierung unterstützen können.\_Seite 32

Die Studentenwerke bieten nicht nur ein Dach über dem Kopf oder einen vollen Bauch, sie helfen auch beim Übergang in die Arbeitswelt. Das wird gerade von Absolventen mit Behinderung nachgefragt, denn sie müssen den Arbeitgeber von ihren Stärken überzeugen und zugleich Befürchtungen gegenüber ihrer Behinderung oder chronischen Krankheit zerstreuen. Das Bewerbungstraining des Studentenwerks Berlin bereitet gezielt darauf vor.\_Seite 24

Chancengleichheit und Entschleunigung – zwei Themen, die Ulrike Beisiegel im Wissenschaftsbetrieb stärker verankern will. Tilmann Warnecke hat die Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen getroffen. Was steckt dahinter und wie will Ulrike Beisiegel diese umsetzen?\_Seite 28

Außerdem in diesem Heft: 13 Fragen an Jürgen Mlynek, den Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft. Was hat es auf sich mit der Helmholtzifizierung der Forschung?\_Seite 34

Viel Spaß mit dem DSW-Journal 1/2013  
Ihr

Achim Meyer auf der Heyde

Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks  
[achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de](mailto:achim.meyeraufderheyde@studentenwerke.de)



Titel\_Studentische Wohnungsnot



10

Politik\_Hochschulautonomie



18

Teamwork\_Heißer Draht



22

Porträt\_Ulrike Beisiegel



28

Heft 1  
April 2013

CAMPUS

- 6\_Kurznachrichten  
schnell, knapp & informativ
- 6\_Zahlenwerk  
Hochschulgastronomie im Überblick
- 9\_Eine Frage...  
»Was muss 2013 beim BAföG passieren?«  
Antworten der Bildungsexperten  
aus den Bundestagsfraktionen



Kommentar DSW-Präsident  
Dieter Timmermann:  
»Arme und reiche Kinder müssen  
dem Staat gleich viel Wert sein« →38

POLITIK

- 10\_Was kann der Bund für die  
Wohnsituation der Studierenden tun?  
Interview mit Bundesbauminister  
Peter Ramsauer
- 15\_So sieht der Wohnungsmarkt  
im Jahr 2020 aus  
Eine Analyse des studentischen  
Wohnungsmarkts.  
Von Tobias Jacobs
- 18\_Eine Welle rückwärts  
Die Hochschulen genießen  
weitgehende Autonomie, die  
Landesregierungen wollen  
diese wieder begrenzen.  
Von Anna Lehmann

Foto: H. C. Plambeck/afif; Illustration: Jan Rieckhoff

PRAXIS

- 22\_Heißer Draht  
Teamwork – Ein Besuch bei der  
Psychosozialen Beratungsstelle  
des Studentenwerks Osnabrück
- 24\_»Bangemachen gilt nicht«  
Die Studentenwerke beraten  
Studierende beim Berufseinstieg.  
Natalie Kreisitz stellt drei  
besondere Angebote vor

Fotos: Sandra Kühnapfel, Rolf Schulten

PROFILE

- 28\_Klare Kante zeigen  
Ulrike Beisiegel, die erste  
Präsidentin an der Universität  
Göttingen im Porträt.  
Von Tilmann Warnecke

PERSPEKTIVE

- 32\_Spielräume statt Detailsteuerung  
Der Akkreditierungsrat will  
den Hochschulen mehr  
Autonomie überlassen.  
Von Reinhold R. Grimm

COMMUNITY

- 36\_Aus den Studentenwerken
- 37\_DSW-Kurzporträt  
Oliver Türpe
- 37\_Medien  
Nachgelesen

STANDARDS

- 3\_Editorial
- 4\_Inhalt
- 34\_13 Fragen an Jürgen Mlynek
- 37\_Impressum
- 38\_Timmermann »Ein Gedanke noch ...«



Die Proteste haben sich gelohnt. Laut einer repräsentativen Umfrage sind sogar 78 Prozent der Bayern gegen das »Bezahlstudium«

### ... und weg sind sie!

**STUDIENGEBÜHREN** Acht Jahre, nachdem das Bundesverfassungsgericht den Weg für die ungeliebte »Campus-Maut« frei gemacht hatte, verschwinden Studiengebühren wieder von der Landkarte. Die Zahl der Gebühren-Länder ist von ehemals sieben auf zwei geschrumpft; bald ist der Spuk ganz vorbei. Die neue rot-grüne Regierungskoalition in Niedersachsen schafft die Gebühren zum Wintersemester 2014/2015 ab. Nach dem Prinzip »Geld folgt Studierenden« werden die fehlenden Mittel aus dem Landeshaushalt kompensiert und die Zahlung dynamisch an die Zahl der Studierenden angepasst. Die Langzeitstudiengebühren werden aber bleiben. Auch die Volksabstimmung in Bayern war erfolgreich – aber die CSU will die Gebühren ohnehin schon zum Wintersemester 2013/2014 abschaffen. Die Studiengebühren, so wie sie in Bayern gehandhabt werden, seien ungerecht, sagte Ministerpräsident Horst Seehofer, weil sie unabhängig vom Einkommen erhoben werden. Den finanziellen Ersatz könne das Land leisten. [sg](http://www.volksbegehren-studiengebuehren.de)

## ZAHLENWERK Hochschulgastronomie im Überblick

Die 58 Studentenwerke sind die Hochschulgastronomen Deutschlands. Sie betreiben an den deutschen Hochschulen 854 Einrichtungen: rund 400 Mensen, dazu Cafeterien, Restaurants, Bistros, Cafésbars. Jahresumsatz 2011: 389 Millionen Euro. **Damit zählen die Studentenwerke zu den größten Gemeinschaftsverpflegern in Deutschland;** sie sind, wenngleich gemeinnützige Sozialunternehmen, »Big Player« auf dem Markt. Ungefähr **90 Millionen Essen** bereiten die Köchinnen und Köche der Studentenwerke im Jahr zu, für die rund 2,5 Millionen Studierenden, aber auch für die rund 500 000 Hochschul-Beschäftigten. Die Zahl der Tische im Durchschnitt 10,6 Plätze.

**Die Studierenden schätzen »ihre« Mensa:** 85 Prozent der Studierenden nutzen im Laufe einer Woche die Mensen und Cafeterien ihres Studentenwerks – im Durchschnitt viermal. 41 Prozent der Studierenden sind Stammgäste, Männer mit einem Anteil von 49 Prozent häufiger als Frauen mit 31 Prozent. Bachelor-Studierende sind etwas häufiger Mensa-Stammgäste als Studierende in den alten Studiengängen (41 Prozent zu



39 Prozent). Das Mittagessen ist mit einem Anteil von 59 Prozent nach wie vor die wichtigste Mahlzeit. Zum Vergleich: 8 Prozent Frühstück, 14 Prozent Abendessen.

Der größte Anteil von Mensa-Stammgästen findet sich in den Ingenieurwissenschaften (52 Prozent dieser Studierenden), gefolgt von der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften (50 Prozent) und Mathematik/Naturwissenschaften (48 Prozent). Zugespitzt: **Der treueste Mensagast ist männlich und angehender Ingenieur.** Ob die Studierenden relativ wenig oder relativ viel Geld im Monat zur Verfügung haben, ist für den Mensabesuch nicht entscheidend. Die Mensa-Stammgäste sind bei denjenigen Studierenden, die weniger als 640 Euro im Monat zur Verfügung haben, genauso häufig wie bei jenen, die über bis zu 945 Euro im Monat verfügen.

An der Mensa ihres Studentenwerks schätzen die Studierenden die **Nähe zur Hochschule, den günstigen Preis und die Qualität.** Für 90 Prozent ist die räumliche Nähe sehr wichtig, für 82 Prozent sind es kostengünstige Angebote, für 79 Prozent qualitativ hochwertige Angebote.

Foto: Marijke Lass; Illustration: Dominik Herrmann

# Kunstwettbewerb

21. Bundeswettbewerb »Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus«

## »Sie zeigt das Beste, in Anführungsstrichen und doppelt unterstrichen«



**Ana Dimke** ist Rektorin der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig und Sprecherin der Rektorenkonferenz der Kunsthochschulen in Deutschland

**DSW-Journal:** Was erwarten Sie von der Ausstellung in Bonn?  
**Ana Dimke:** Zunächst, dass sie das breite Spektrum der Kunsthochschulen zeigt. Dann, dass sie das Beste zeigt – in Anführungsstrichen oder auch doppelt unterstrichen –, was Kunststudentinnen und Kunststudenten heute zu bieten haben. Ich erwarte auch, dass sie zeigt, wie leistungsfähig die Kunsthochschulen sind, wie vielfältig die Lehre dort ist. Und natürlich, dass sie gut besucht ist. Ich weiß, dass diese Ausstellung ein gewisses Renommee hat und erwarte ein breites Publikum, aber auf jeden Fall auch, dass das Fachpublikum nach Bonn kommt.

**Sie betonen, dass Kunstvermittlung Ihnen ein wichtiges Anliegen ist. Welchen Beitrag leistet dieser Wettbewerb hier?**

Vermittlung ist ein Teilaspekt von Kunst. Wenn man als Künstler auftritt, sollte man ein gewisses Reflexionsvermögen mitbringen und die Arbeit auch vermitteln können. Die teilnehmenden Künstlerinnen und Künstler zeigen, wie Gegenwartskunst in den Kunsthochschulen aufgenommen wird und zwar in einer großen Variation. Wenn man sich die Vermittlung in die Gesellschaft hinein ansieht, spielt der Ausstellungsort durchaus eine wichtige Rolle. Das Deutsche Studentenwerk und die Bundeskunsthalle haben eine bedeutende Aufgabe. Sie bieten einen bestimmten Rahmen, der einerseits sagt, es sind Studierende. Andererseits werden die Studierenden durch diesen Ort in einen größeren Kontext mit einbezogen, der zu ihrer Zukunft gehört. Mit der Wahl des Orts ist eine Aufwertung der Arbeiten gegeben und die gesellschaftliche Wahrnehmung wird deutlich befördert.

**Was bedeutet die Teilnahme an diesem Wettbewerb für die Künstler?**

Ich denke, sie sind sich durchaus bewusst, dass ihre Hochschule hinter ihnen steht. Das ist eine andere Situation, als selbst eine Ausstellung zu organisieren. Schon die Nominierung ist etwas Positives, weil eine Kunsthochschule damit auf diese besondere Arbeit verwiesen hat. Es gibt einen Katalog, das ist genauso wichtig wie der Ort, an dem die eigene Arbeit im Kontext von anderen platziert wird. In einer großen Übersichtsausstellung vertreten zu sein, über die eigene Hochschule hinaus – wenn man so will – im Landesvergleich zu stehen, ist einfach auch spannend.

Die Fragen stellte Carolin Würthner

Das ausführliche Interview finden Sie unter [www.kunst-wettbewerb.de](http://www.kunst-wettbewerb.de)

**Preisverleihung und Ausstellungseröffnung:**  
2. Mai 2013, Bundeskunsthalle, Bonn

**Dauer der Ausstellung:**  
3. Mai – 2. Juni 2013

**Die Teilnehmer:**  
48 Kunststudentinnen und Kunststudenten (bzw. Teams) aus 24 Kunsthochschulen

**Medien:**  
Audio/Video, Bildhauerei, Film, Fotografie, Grafik, Installation, Malerei, Performance

**Die Jury:**  
Ulrike Kremeier, Direktorin Kunstmuseum Dieselkraftwerk Cottbus; Roland Nachtigäller, Künstlerischer Direktor Marta Herford; Nicolaus Schafhausen, Direktor der Kunsthalle Wien

**Die Preise:**  
20 000 Euro Preisgeld, 2 Stipendien

**Der Katalog:**  
»Atlas 2013«, gestaltet von Studierenden der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig



**Mehr Informationen:**  
[www.kunst-wettbewerb.de](http://www.kunst-wettbewerb.de)

**Gefördert vom:**  
Bundesministerium für Bildung und Forschung

**Organisatorischer Träger:**  
Deutsches Studentenwerk



## Vorsicht, essbar!

**AKTION** Jedes achte Lebensmittel, das wir kaufen, werfen wir weg! Viele eignen sich noch gut zum Verzehr. In einem Singlehaushalt sind das Lebensmittel im Wert von 235 Euro pro Jahr. In einer gemeinsamen Aktion mit der Initiative »Zu gut für die Tonne!« des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz wollen die Studentenwerke zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen beitragen. Am 4. Juni 2013 geben Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner und DSW-Präsident Dieter Timmermann in Berlin den Startschuss. Mit Informationen und Aktionen zur Ernährungsbildung und Ressourcenschonung sollen Studierende für den wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln sensibilisiert werden. *zr*

→ [www.zugutfuertonne.de](http://www.zugutfuertonne.de)

## Offenere Hochschulen

**GERECHTIGKEIT** Das deutsche Hochschulsystem muss durchlässiger werden für Menschen aus Nicht-Akademiker-Familien. In diesem Punkt zumindest stimmen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft überein. Damit greifen die beiden Organisationen eine zentrale hochschulpolitische Forderung des Deutschen Studentenwerks auf. Im neuen Programm des DGB heißt es unter dem Titel »Hochschulen öffnen«: »Kinder aus nicht-akademischen Familien sind an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert.« Im erstmals vorgelegten »Hochschul-Bildungsreport 2020« des Stifterverbands und der Unternehmensberatung McKinsey fordern die Autoren: Bis zum Jahr 2020 müsse die Studierquote von Nicht-Akademiker-Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund und Abitur auf 80 Prozent steigen. Hochschulen in Ballungsräumen sollen sich als »Integrationshochschulen« profilieren, die Länder müssten finanzielle

Anreize geben. Anders der DGB: Er setzt auf freien Hochschulzugang, ausreichende Studienplätze und eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur mit ausreichend finanzierten Studentenwerken. *sg*

→ [www.dgb.de/themen](http://www.dgb.de/themen)  
→ [www.stifterverband.de/bildungsinitiative/hochschulbildungsreport](http://www.stifterverband.de/bildungsinitiative/hochschulbildungsreport)

## Neue Mensa im alten Kesselhaus

**KIEL** Alles schön weiß – aber nicht alles neu! Im Januar 2013 hat das Studentenwerk Schleswig-Holstein eine neue Mensa an der Muthesius Kunsthochschule in Kiel eröffnet. Das war möglich, weil die »Mu« im Wintersemester 2012/13 an ihren ursprünglichen Standort in der Legienstraße zurückgekehrt ist. Gegessen wird ab jetzt mitten auf dem Campus, im alten Kesselhaus aus dem Jahr 1907. Mit viel Sorgfalt haben die Architekten im Innenraum den Charme des Industriebaus bewahrt. An seinem neuen Arbeitsplatz bereitet Küchenleiter Michael Klein mit seinem Team täglich circa 300 gesunde und zeitgemäße Gerichte frisch zu. Dabei legt er Wert auf regionale Produkte und Bio-Qualität. Mit seiner Vorliebe für die vegetarische und vegane Küche hat Klein bei den »Muthesianern« schnell viele Fans gefunden. *jaw*

→ [www.studentenwerk-s-h.de](http://www.studentenwerk-s-h.de)



Fotos: BMELV; Studentenwerk Schleswig-Holstein/Renko Buss; Illustration: Dominik Herrmann



## Weltenbürger

**INTERNATIONAL** Valentin Schalay steht auf einer Brücke in der HafenCity, im Hintergrund die Elbphilharmonie. Er studiert in Hamburg, an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) – und er liebt diese Stadt und diesen Ort. Hier erinnert ihn vieles an St. Petersburg, wo er einen Teil seiner Kindheit verbracht hat. Schalay ist einer von circa 1 800 internationalen Studierenden und Absolventen der HAW – ein »Weltenbürger«. Seine und 17 weitere Lebensgeschichten erzählt die 2012 erschienene Publikation »Moin, Moin Bangladesch – 18 Einblicke in kulturelle Vielfalt«, herausgegeben von der HAW. Mit den Porträts zeigt der Autor Berend Hartnagel das interkulturelle Profil der Hochschule und zugleich das Potenzial dieser kulturellen Vielfalt, das »die Voraussetzung dafür ist, in einer globalisierten Welt anschlussfähig zu bleiben«, so Adelheid Iken, Koordinatorin des Projekts. Alle Porträtierten fotografierte Julia Steinigeweg, Masterstudentin im Fach Kommunikationsdesign, an ihren Lieblingsorten in Hamburg. *jaw*

→ [www.haw-hamburg.de](http://www.haw-hamburg.de)

## Eine Frage ...

»Was muss 2013 beim BAföG passieren?«

Antworten von den Bildungsexperten der Bundestagsfraktionen



**Kai Gehring MdB, Bündnis 90/Die Grünen**

Der von Ministerin Annette Schavan verordnete BAföG-Stillstand muss durchbrochen werden. Statt Taktikspielen auf dem Rücken der Studierenden brauchen wir beim BAföG weniger Bürokratie, mehr Familienfreundlichkeit und eine spürbare Aufstockung und Ausweitung, damit mehr Bildungsaufstiege gelingen.

→ [www.kai-gehring.de](http://www.kai-gehring.de)



**Nicole Gohlke MdB, Die Linke**

Seit Oktober 2010 verweigert die Bundesregierung eine notwendige Erhöhung des BAföG, obwohl der durchschnittliche BAföG-Satz bei gerade einmal 452 Euro liegt. Hier muss dringend etwas passieren. Die Fraktion Die Linke fordert: eine sofortige

Anhebung um zehn Prozent, eine Ausweitung des Berechtigtenkreises, die Abschaffung der Altersgrenzen und die Rückkehr zum Vollzuschuss.

→ [www.nicole-gohlke.de](http://www.nicole-gohlke.de)



**Martin Neumann MdB, FDP**

Die Länder müssen einen Vorschlag zur gemeinsamen Anhebung der Sätze unterbreiten. Mittelfristig soll das BAföG weniger bürokratisch und elternunabhängig gewährt werden. Aus Gründen der Fairness müssen die Rückzahlungsmodalitäten stärker an den

Einkommensverhältnissen der Hochschulabsolventen ausgerichtet werden.

→ [www.martin-neumann.net](http://www.martin-neumann.net)



**Ernst Dieter Rossmann MdB, SPD**

2013 brauchen wir eine angemessene Erhöhung der Bedarfssätze und eine deutliche Erhöhung der Freibeträge, damit mehr Studierende Unterstützung finden. Die Bundesregierung muss hier endlich liefern. Gleichzeitig ist 2013 eine BAföG-Reform für 2014

vorzubereiten, die Studienanfängern mehr Sicherheit gibt, zum Beispiel durch Anhebung der Altersgrenzen, Schließung der Bachelor-/Master-Lücke, Förderung von Teilzeitstudium.

→ [www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)



**Albert Rupprecht MdB, CDU/CSU**

Die vergangenen BAföG-Anhebungen haben bewirkt, dass der Bedarfssatz den Preisindex überflügelt hat. Auch die Freibeträge sind stärker angestiegen als die Einkommen. Dennoch hat die Bundesregierung die Länder aufgefordert, zu erklären, in welchem Umfang sie zu einer Erhöhung bereit wären. Die Antwort steht aus.

→ [www.albert-rupprecht.de](http://www.albert-rupprecht.de)

# »Vernünftige Bildungspolitik bedeutet, dass Studenten vernünftig wohnen können«

**WOHNUNGSNOT** Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum für Studierende, erkannte Bundesbauminister Peter Ramsauer und rief zu einem Runden Tisch auf. Im DSW-Journal fragen wir ihn, ob es schon konkrete Schritte gibt und was Bund und Länder für den Wohnheimbau tun können.

**DSW-Journal:** Herr Minister, für den Bau von bezahlbarem Wohnraum für Studierende sehen Sie die Länder in der Pflicht – der Bund wolle sich aber »nicht wegducken«. Was tun oder planen Sie konkret nach dem Runden Tisch im November 2012, um möglichst rasch die studentische Wohnungsnot zu lindern?

**Peter Ramsauer:** So erfreulich die gestiegene Zahl der Studienanfänger ist: Es ist für die Studierende vielerorts schwieriger geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Für die Zukunft wollen wir vorbeugen. Bund, Länder, die Wohnungswirtschaft und Institutionen wie das Studentenwerk müssen an einem Strang ziehen – deshalb mein Runder Tisch. Zunächst sind natürlich die Länder in der Pflicht, da sie die investive Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung und damit auch für den Bau von Studentenwohnraum haben. Sicher ist, dass ich als Bundesbauminister an diesem Thema dran bleibe – unabhängig von formalen Zuständigkeiten. Ich kann schließlich nicht darüber hinwegsehen, wenn es offenbar Unterbringungsprobleme bei denjenigen gibt, von deren Ausbildungserfolg unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit zum großen Teil abhängt. Man muss gemeinsam anpacken.



## »Die Notwendigkeit, für Abhilfe zu sorgen, haben alle Beteiligten erkannt«

→ Was bringt Sie dazu, sich für günstigen Wohnraum für Studierende zu engagieren?

Was ich über Familie, Freunde und Bekannte und die studierenden Kinder über die Wohnungssuche mitbekomme, kann mich als Bauminister und Vater nicht kaltlassen.

**Die bayerische Landesregierung fördert den Studentenwohnheimbau mit 26 500 Euro Zuschuss pro Platz und schafft so zusätzliche und preisgünstige Wohnheimplätze – ein Modell für Deutschland?**

Vernünftige Bildungspolitik bedeutet auch, dass die Studierenden vernünftig wohnen können. Ziel des bayerischen Programms ist es, Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für die Studierenden an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen zu fördern. Im Gegenzug für die Förderung darf dann die Miete einen bestimmten Betrag nicht überschreiten. Das Programm des Freistaats Bayern ist daher richtig und wichtig.

**Wir als Deutsches Studentenwerk sehen einen bundesweiten Bedarf von 25 000 zusätzlichen, preisgünstigen Wohnheimplätzen und ein Bauvolumen von rund 1,5 Milliarden Euro mit einem staatlichen Zuschussanteil von 660 Millionen Euro entsprechend den bayerischen Förderbedingungen. Können wir auf Sie zählen?**

Über die Größenordnungen für den Bedarf an zusätzlichen Unterkünften sind wir uns grundsätzlich einig – übrigens auch ein Ergebnis des Runden Tisches: Wir brauchen bundesweit insgesamt rund 25 000 neue Wohnheimplätze. Rechnet man die Studierenden mit ein, die nicht in einem Wohnheim wohnen, beläuft sich der Be-

darf auf insgesamt 70 000 Unterkünfte. Gefragt sind hierbei in erster Linie die Länder und vor allem die Bauwirtschaft, gezielt in dieses Segment zu investieren. Aber es tut sich schon einiges: Der Wohnungsbau insgesamt zieht stark an – die Fertigstellungen und Baugenehmigungen haben deutlich zugenommen, nachdem lange Zeit viel zu wenig gebaut wurde. Jede neue Wohnung hilft, dass sich die Lage entspannt.

**In den 1970er und 1990er Jahren gab es Bund-Länder-Programme, aus denen der Hauptbestand der heute 230 000 öffentlich geförderten Wohnheimplätze in Deutschland stammt. Warum raufen sich Bund und Länder nicht wie beim Ausbau der Studienplätze zum Wohl der Studierenden zusammen?**

Da ist unser Grundgesetz vor! Die dafür notwendige Rechtsgrundlage der früheren Sonderprogramme zur Förderung des studentischen Wohnraumbaus existiert nicht mehr.

**Eine andere Möglichkeit, schnell zusätzlichen preisgünstigen Wohnraum für Studierende zu schaffen, wäre eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus. Wäre hier eine Erhöhung und Zweckbindung der Bundesmittel für den Studentenwohnheimbau denkbar? Auch bürokratische Hemmnisse, wie beispielsweise die in die Planung einzubeziehende Nachnutzung erschweren und verteuern den Bau. Können Sie hier einwirken?**

Die Förderung des Baus von Wohnraum fällt in den Bereich der sozialen Wohnraumförderung – und seit der Föderalismusreform sind dafür die

Länder zuständig. Aber: Als Ausgleich für den Wegfall der Bundesfinanzhilfen zahlt der Bund den Ländern bis einschließlich 2019 sogenannte Kompensationsmittel. Die Länder erhalten jährlich 518,2 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung. Das ist immerhin das Doppelte dessen, was die Länder bei Fortführung der früheren Mischfinanzierung erhalten hätten! Sie können damit gezielt auf den Wohnungsbedarf reagieren. Ich erwarte von den Ländern, dass sie sich dazu verpflichten, diese Entflechtungsmittel auch künftig zweckgebunden für die Wohnraumförderung einzusetzen. Einige Länder sind hier mit gutem Beispiel vorangegangen: Brandenburg hat bereits ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, in Nordrhein-Westfalen befindet sich ein solches in der parlamentarischen Beratung.

**Auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat Hilfe in Form von Krediten angeboten. Die Studentenwerke benötigen aber einen Zuschussanteil, um die Mieten für die Studierenden möglichst niedrig zu halten. Sind nicht-rückzahlbare Kredite mit null Prozent Zinsen für Sie denkbar – analog Bayern?**

Das ist eine Idee, die diskutiert werden muss. Die KfW fördert den Neubau von Studentenwohnheimen im Rahmen des Programms »IKU-Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen«. Dieses wird durch KfW-Eigenmittel im Zins verbilligt. Eine Förderung ist nur möglich, wenn Träger und Antragsteller für das Vorhaben gemeinnützig sind, wie das zum Beispiel bei Studentenwerken der Fall ist.

**Am Runden Tisch wurde die mögliche Nutzung von Liegenschaften des Bundes ausführlich diskutiert. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die dem Finanzministerium unterstellte BImA, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, den Studentenwerken Immobilien günstig zu überlassen?**

Wir sind mit der BImA, die ja auch am Runden Tisch sitzt, im Gespräch. Denn: Durch die Bundeswehrstrukturreform und den Abzug der alliierten Streitkräfte werden Gebäude und Immobilien in erheblichem Umfang frei. Es liegt im Interesse der BImA und der Kommunen sowie der potenziellen Nutzer wie den Studentenwerken, geeignete Gebäude möglichst schnell einer Nutzung oder eventuell auch einer Zwischennutzung zuzuführen.

In der Vergangenheit ist es bereits in vielen Fällen gelungen, günstig gelegene, bisher militärisch genutzte Gebäude für studentisches Wohnen zur Verfügung zu →

## Goldene Zeiten des Wohnheimbaus

Von 1969-1981 wurden mit Hilfe eines Bund-Länder-Programms rund 80 000 Wohnheimplätze geschaffen. Sie sind das Rückgrat des heutigen Wohnheimbestands. Mit einer Zuschussförderung konnten niedrige Mieten sichergestellt werden. Die Standards zum Bau legten Bund und Länder gemeinsam fest. Eine Schlüsselrolle kam dabei der Wohnheimberatungsstelle beim Deutschen Studentenwerk zu. Sie wurde vom Bund finanziert und entschied mit ihren Gutachten faktisch über Förderung oder Ablehnung. Allen unvergessen Anton Weidl, der bis 1981



alle Bauvorhaben für Studentenwohnheime prüfte, zu allen Anträgen Stellungnahmen abgab und zwischen Bund, Ländern und Bauherren vermittelte.

Von 1952-1981 prüfte die Wohnheimberatungsstelle alle Anträge für den Bau von Wohnheimen, wie für das Christian-Wolff-Heim in Marburg

## Nachhaltig und ausgezeichnet

Nicht allein aus ökologischen Gründen, sondern auch, um die Energiekosten für die Studierenden zu reduzieren, legen die Studentenwerke bei Neubau und Sanierung großen Wert auf energieeffiziente und ressourcensparende Technologien. Die Wohnheime gewinnen beispielsweise Strom und Energie aus erneuerbaren Ressourcen wie Sonnenenergie, Erdwärme, Holz, Biomasse, Brauchwasser und Raumluft – alles bis hin zu Null-Energie-Häusern. In den vergangenen Jahren wurden die Bauvorhaben der Studentenwerke regelmäßig mit Architekturpreisen ausgezeichnet. Sowohl für die innovativen Entwürfe als auch für die ökologische Bauweise. Preise, wie für die Aktion »Hohe Qualität – Tragbare Kosten« des Deutschen Bauherrenpreises, zeigen, dass sich beides nicht widersprechen muss.



Das Wohnheim »Zürnstraße« des Studentenwerks Würzburg wurde 2010 für seine innovative Architektur und ökologische Bauweise mit dem Bauherrenpreis Neubau ausgezeichnet



Weiterführende Informationen zum Thema »Studentische Wohnungsnot« finden Sie hier: → <http://goo.gl/XSVR1>



**ZUR PERSON Peter Ramsauer**

Geboren 1954 in München, studierte Peter Ramsauer Wirtschaftswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München. 1979 und 1980 legt er seine Prüfungen zum Diplomkaufmann und Müllermeister ab. 1985 promovierte er zum Doktor der Staatswissenschaften. Ramsauer trat 1972 der Jungen Union und 1973 der CSU bei und ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestags. Seit Oktober 2009 ist er Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und daher auch Verwaltungsratsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

→ [www.bmvbs.de](http://www.bmvbs.de)

## »Jede neue Wohnung hilft, dass sich die Lage entspannt«

→ stellen. Ein besonders gelungenes Beispiel sind von den amerikanischen Streitkräften freigegebene Liegenschaften in Heidelberg, die nach kurzen Verhandlungen für zehn Jahre von der BImA an das Studentenwerk Heidelberg vermietet wurden. Beim Runden Tisch hat sich der Vorstandsvorsitzende der BImA aufgeschlossen und interessiert gezeigt, günstige oder geeignete Objekte zu identifizieren und mit dem Studentenwerk und den jeweiligen Kommunen ins Gespräch zu kommen.

Mein Appell an die Studentenwerke: Wenn sie von geeigneten Immobilien wissen, aktiv auf die Kommune und auf die BImA zugehen, und den studentischen Wohnungsbedarf anmelden.

**Wohnraumangel, private Investoren und fehlende Zuschüsse für den Wohnheimbau haben die Mietpreise besonders in den Groß- und Universitätsstädten in die Höhe getrieben. Was kann die Bundesregierung für Studierende mit geringem Einkommen noch tun? Den Mietzuschuss beim BAföG anpassen?** Die Angemessenheit der BAföG-Bedarfssätze einschließlich der Pauschale für den Wohnbedarf wird re-

gelmäßig überprüft. Über die Entwicklung der Bedarfssätze legt die Bundesregierung Bundesrat und Bundestag alle zwei Jahre einen Bericht vor, in dem insbesondere der etwaige Fortentwicklungs- und Anpassungsbedarf überprüft wird. Der nächste Bericht kommt Anfang 2014. Der BAföG-Höchstförderungssatz für auswärts wohnende Studierende beträgt inklusive Wohnpauschale derzeit insgesamt 670 Euro. Dies entspricht exakt dem, was ein Studierender auch unterhaltsrechtlich nach der »Düsseldorfer Tabelle« an Barunterhaltsleistungen von seinen Eltern erwarten darf. Ihnen weitergeleitete Kindergeldleistungen bleiben für BAföG-Empfänger zudem ganz ohne Anrechnung, stehen also oft zusätzlich zur Verfügung. Darüber hinaus können sie – auch parallel und ergänzend zum BAföG-Bezug – einen Studien- oder Bildungskredit der KfW zur Deckung individuell höherer Wohnansprüche in Anspruch nehmen. Und nicht zu vergessen: Wer keinen BAföG-Anspruch hat, kann eventuell Wohngeld beziehen. Aber es bleibt dabei, dass neben Institutionen wie den Studentenwerken auch private Investoren bezahlbaren Wohnraum schaffen sollen und auch können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

**Letztendlich wird Ihr Ministerium für den Studentenwohnheimbau zusätzliche Mittel benötigen. Gab es denn schon erste Gespräche mit dem Finanzminister und der ja eigentlich zuständigen Bundesbildungsministerin?**

Alle Beteiligten – die Städte, die Investoren, die Länder und auch der Bund – müssen die Aufgabe gemeinsam angehen. Auf die verfassungsrechtliche Zuständigkeit der Länder habe ich bereits hingewiesen. Die Spielräume des Bundes sind sehr begrenzt. Das ist nicht zuletzt aufgrund der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse so. Aber die Notwendigkeit, für Abhilfe zu sorgen, haben alle Beteiligten erkannt.

**Verraten Sie uns noch, wie Sie als Student gewohnt haben?**

Zu meiner Studentenzeit habe ich in München eine Zeit lang in Uninähe gewohnt – praktischere Weise waren da die Wege zu außeruniversitären Aktivitäten ebenfalls recht kurz. ■

## Angespannt, aber differenziert

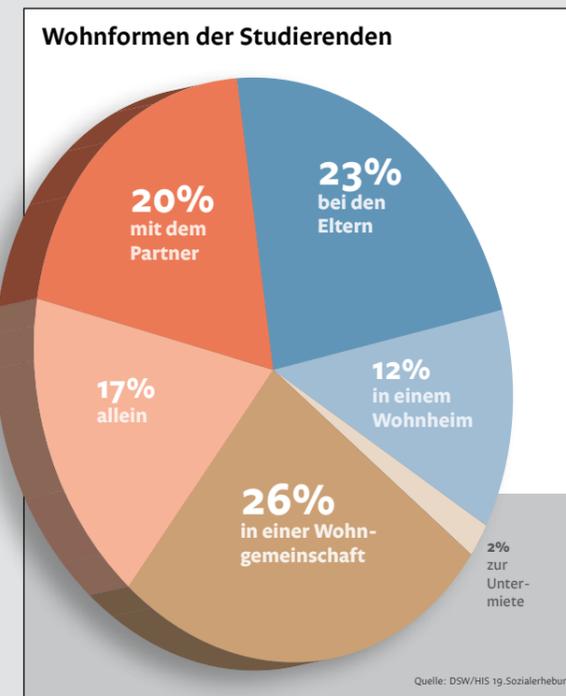
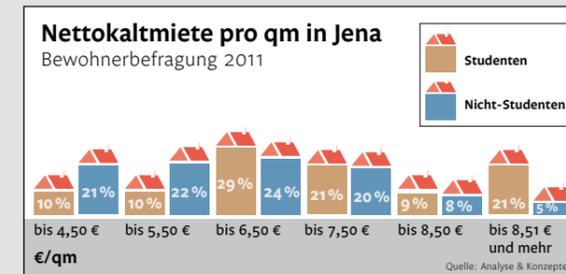
### Die Schwierigkeiten am studentischen Wohnungsmarkt

— Viele Medien berichten von einer schwierigen Wohnsituation der Studierenden. Die Realität studentischer Wohnungsmärkte ist jedoch sehr differenziert und erschließt sich erst, wenn man die Besonderheiten studentischer Nachfrage und die Angebote der verschiedenen Märkte betrachtet.

Es gibt zahlreiche angespannte Wohnungsmärkte. In den großen Metropolen wie Berlin oder Köln ist die Attraktivität des Gesamtmarkts ausschlaggebend, die zu hohen oder steigenden Mieten führt. Studierende beeinflussen hier außer in wenigen Quartieren die Mietpreisentwicklung nicht.

Vor allem in klassischen Universitätsstädten führen die Besonderheiten studentischer Nachfrage zu großen Problemen, eine bezahlbare Wohnung zu finden: Studienanfänger sind neu am Wohnungsmarkt, es ist – trotz Internet oder Wohnungsbörse – für sie nicht transparent: Wer vermietet Wohnungen zu welchem Preis in welcher Lage?

Auch zeichnen viele Medienberichte ein falsches Bild von teuren Märkten, leicht wird deswegen zu viel bezahlt. Durch späte Studienplatzzusagen bleibt noch weniger Zeit für Auswahl- und Vergleichsmöglichkeiten. Ein Problem insbesondere für ausländische Studierende oder Stipendiaten. Außerdem ergibt sich vielerorts für einen kurzen



Zeitraum eine starke Nachfragespitze, da mittlerweile die allermeisten Studiengänge zum Wintersemester beginnen. Dann ist das Angebot besonders knapp, im Laufe des Semesters steigt es durch die normale Fluktuation jedoch wieder an. Darüber hinaus konkurrieren Studierende am Markt mit »normalen« Haushalten und deren Einkommen. Jede dritte Studierendenwohnung wird von Paaren oder Zweier-WGs bewohnt, in jeder vierten Studierendenwohnung lebt eine große WG, vor allem in großen Altbauwohnungen. Da sie zwar über ein niedriges, aber eigenes Einkommen verfügen, haben sie zusammen – im Gegensatz zu vielen Familien

und Paaren – eine hohe Wohnkaufkraft, was unter Umständen auch zur Verdrängung anderer Bewohnergruppen führen kann.

Auch der Wunsch vieler Studierender, möglichst zentral zu wohnen, trägt durch die Konzentration der Nachfrage ungewollt zu hohen Knappheitspreisen bei: So müssen beispielsweise in Göttingen in zentralen Lagen oder typischen Studierendenhäusern höhere Mieten gezahlt werden als in den weniger zentralen Siedlungen der 1960er und 1970er Jahre.

Probleme, die angesichts der zu erwartenden Studierendenzahlen in den nächsten Jahren nicht geringer werden. An den typischen Pendler-Universitäten, kleinen Hochschulstandorten, Städten mit entspannten Märkten, wie zum Beispiel Bochum, Hildesheim oder Halle zeigen sich jedoch moderate Mietpreis-Niveaus. Hier sorgen die Studierenden sogar für eine positive Belebung des Wohnungsmarkts. ■

**DER AUTOR**

**Tobias Jacobs**  
Analyse & Konzepte GmbH, analysiert seit 20 Jahren deutsche Wohnungsmärkte, darunter die zahlreicher Universitätsstädte



# Bayern vorne

**BAUFÖRDERUNG** Im Studentenwohnheim kommen vor allem junge und solche Studierende unter, die wenig Geld zur Verfügung haben. Doch die Studentenwerke können nur dann preisgünstigen Wohnraum anbieten, wenn Bund und Länder die Baukosten bezuschussen. Darlehn helfen da wenig.

**Darmstadt**  
ab **308€**  
(Warmmiete)



Die Wohnanlage »LAB«, Berliner Allee, bietet 294 möblierte Zimmer in zweier und dreier Wohngruppen. Pro Zimmer stehen circa 15 m<sup>2</sup> Einzel- plus circa 8 m<sup>2</sup> Gemeinschaftsfläche zur Verfügung. Dazu kommen Internetanschluss und verschiedene Gemeinschaftseinrichtungen. Die Wohngruppen teilen sich Sanitäranlagen und Gemeinschaftsraum mit Küche.

Der Neubau, eröffnet im Oktober 2012, wurde vom Land Hessen aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus mit zinsgünstigen Darlehen (0,9 Prozent Zins) unterstützt, ergänzt um frei finanzierte Darlehen und Eigenmittel des Studentenwerks Darmstadt.

→ [www.studentenwerk-darmstadt.de](http://www.studentenwerk-darmstadt.de)

Architekt: Gerold Trautmann

Die im Dezember 2012 eröffnete Wohnanlage Hammerbrook ist ein Niedrigenergiehaus »Effizienzhaus 40« und verfügt über 215 möblierte Einzelzimmer in Zweier-, Vierer- und Einer-Appartements sowie drei behindertengerechte Einzelapartments. Alle Apartments sind mit Einbauküchen und Duscbädern ausgestattet. Die Zimmer sind circa 17,5 m<sup>2</sup> groß und verfügen über Internet-, Telefon- und Kabel-TV-Anschluss. Zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen können von allen Bewohner genutzt werden.

Der Neubau wurde vom Studierendenwerk Hamburg finanziert, gefördert mit günstigen Darlehen von der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

→ [www.studierendenwerk-hamburg.de](http://www.studierendenwerk-hamburg.de)

Architekt: Architektenbüro Schaub & Partner

**Hamburg**  
ab **355€**  
(Warmmiete)



Grafik: I-Plan, Fotos: Studierendenwerk Hamburg

**Weiden**  
ab **245€**  
(Warmmiete)

Ab September 2013 bietet das Studentenwerk Oberfranken in der Wohnanlage »Am Postkeller« in Weiden Platz für 106 Studierende. Die 66 Einzelapartments mit Dusche und Kochnische und zehn Vierer-Apartments mit Gemeinschaftsküche werden möbliert vermietet und sind circa 18,00 m<sup>2</sup> groß. Die Gesamtbaukosten werden mit 2,7 Millionen Euro vom bayerischen Landesregierung bezuschusst, der jeden Wohnheimplatz in Bayern mit 26 500 Euro fördert. So ist es in Richtlinien für die »Förderung von Wohnraum für Studierende« im bayerischen Bauministerium festgeschrieben.

→ [www.studentenwerk-oberfranken.de](http://www.studentenwerk-oberfranken.de)

Architekt: GSP Architekten



Grafik: GSP Architekten, Martin Wolf

**Potsdam**  
ab **270€**  
(Warmmiete)

Wohnraum für 200 Studierende bietet die Studentenwohnanlage Zum Mühlenteich 4/6 seit April 2012 am Wissenschaftspark Golm. Neben vorwiegend möblierten Einraum-Apartments (22-28 m<sup>2</sup>), vier davon behindertengerecht ausgestattet, gibt es 20 Zweiraum-Apartments (52 m<sup>2</sup>), angedacht für Studierende mit Kind. Außerdem stehen den Bewohnern noch Gemeinschaftsräume zur Verfügung. Die Wohnanlage ist mit einer 300 m<sup>2</sup> großen Photovoltaikanlage und einer Grauwassernutzungsanlage ausgestattet und wurde komplett mit Mittel aus dem »Konjunkturpaket II« finanziert.

→ [www.studentenwerk-potsdam.de](http://www.studentenwerk-potsdam.de)

Architekt: SEHW Architektur

# Eine Welle rückwärts

## MEHR LÄNDERAUFSICHT

Die Hochschulen blicken besorgt in die Zukunft. Einige Länder wollen ihre Autonomie einschränken.

VON ANNA LEHMANN

—In Berlin-Schönefeld wären sie neidisch auf die Schnelligkeit der Darmstädter: Nur ein Jahr dauerte es, bis das neue Gebäude für Forschungsprojekte der Technischen Universität (TU) geplant, gebaut und eröffnet war. Bauherrin ist die Universität. Für den Präsidenten der TU, Hans-Jürgen Prömel, hat die Uni damit exemplarisch gezeigt, dass sie ihre Angelegenheiten ohne Einmischung der Politik besser und effizienter regeln kann als unter staatlicher Kuratel. »Mit der Übertragung des Bauherrenrechts hat sich unsere Flexibilität und Schnelligkeit immens erhöht«, sagt Prömel.

Illustration: Jan Reckhoff



Die Darmstädter sind Vorreiter: Mit dem 2004 vom Hessischen Landtag verabschiedeten TU Darmstadt-Gesetz entließ das Land die TU als bundesweit erste staatliche Hochschule in die Unabhängigkeit. Die Uni ist seitdem keine Filiale des Wissenschaftsministeriums mehr, sondern beruft ihre Professoren selbst und entscheidet eigenständig, wie sie die jährlich 250 Millionen Euro vom Land verwendet.

»Die Autonomie hat das Wir-Gefühl gestärkt«, meint Prömel. »Wir sind stolz darauf, eine autonome Hochschule zu sein.«

Wie in Darmstadt wurden in allen Ländern die Hochschulgesetze in den vergangenen Jahren überarbeitet und Vorgaben gestrichen. Hinter der Fassade »Hochschulautonomie« verbergen sich heute ganz unterschiedliche Einrichtungen, deren Freiheitsgrade je nach Land verschieden ausgestaltet sind. Dennoch gibt es über föderale Grenzen hinweg Gemeinsamkeiten: Die Länder geben keine Details, sondern nur noch Ziele vor und übertragen den Hochschulen mehr Verantwortung für Budgets und Berufungen.

### Wichtige Freiheiten: Berufung und Besoldung

Seit 2009 entscheidet an der Universität Erlangen-Nürnberg nicht mehr das bayerische Wissenschaftsministerium, sondern der Präsident über die Berufung von Professoren und Professorinnen. Damit könne er viel schneller und flexibler verhandeln, berichtet der amtierende Präsident der Universität, Karl-Dieter Gröske. »Die Chance auf eine erfolgreiche Berufung hat sich deutlich erhöht.« Gleich drei →

→ Humboldtpreisträger hat die bayerische Uni in den vergangenen Jahren angeheuert.

Die bundesweit geltende W-Besoldung erlaubt zudem Leistungszulagen und bei Berufungen aus dem Ausland ein nach oben offenes Gehalt. »Das macht uns als Universität zum



Hans-Jürgen Prömel, Präsident der Technischen Universität Darmstadt

**»Die Autonomie hat das Wir-Gefühl gestärkt. Wir sind stolz darauf, eine autonome Hochschule zu sein«**

ersten Mal international konkurrenzfähig«, bekräftigt auch der Rektor der Universität Köln, Axel Freimuth. Einen Riesenschritt vorwärts habe die nordrhein-westfälische Uni mit dem seit 2007 geltenden Hochschulfreiheitsgesetz gemacht. »Wir sind heute Exzellenzuni, daran hätte doch vor fünf Jahren noch niemand geglaubt.«

Mit der Autonomie ist auch die Konkurrenz zwischen den Hochschulen gewachsen, der Kampf um begehrte Wissenschaftler wird härter, teurer und trickreicher. Manche Hochschulen verzichten heute ganz auf öffentliche Ausschreibungen und berufen ad personam. Wer eine freie Professur bekommt, steht also von vornherein fest. Ja, ihm seien auch schon Kandidaten vor der Nase weggeschnappt worden, sagt Prömel aus Darmstadt. Die Hochschulen würden sich da auch gegenseitig ausspielen.

Der Präsident der Freien Universität (FU) Berlin, Peter-André Alt, hält die Aufhebung der Ausschreibungspflicht für problematisch: »Das birgt die Gefahr von

Willkür. Es ist keine Zumutung für die Stars der Wissenschaftsszene, sich öffentlich mit anderen Bewerbern zu messen«, sagt Alt und stellt sich damit gegen die Mehrheit seiner Kollegen.

**Machtgewinn und Machtverlust**

Wie sehr sich die Präsidien in Berufungen einmischen und in die Fachbereiche hineinregieren, ist von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich. Sehr, meint ein Professor in Niedersachsen, gar nicht, heißt es an der FU Berlin. Fest steht jedoch: Die Autonomiewelle hat den Magnifizenzen überall einen enormen Machtzuwachs beschert. Wenn es um das Profil der Hochschule und um wichtige Berufungen geht, haben sie das letzte Wort.

Das Geld, welches sie in hochdotierte Wissenschaftler und prestigeträchtige Forschungsprojekte investieren, fehlt dann freilich an anderer Stelle. Etwa in der Lehre und bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Die Bedingungen für die Angestellten im Mittelbau und das Mitspracherecht der Studierenden haben sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. Die Gewerkschaft ERziehung und Wissenschaft GEW prangert einen unanständigen Umgang mit dem Personal an, denn über 80 Prozent der Verträge sind befristet, über die Hälfte auf nicht einmal ein Jahr. »Die Hochschulautonomie mit der Machtkonzent-



Axel Freimuth, Rektor der Universität Köln

**»Das Hochschulfreiheitsgesetz macht uns als Universität zum ersten Mal international konkurrenzfähig«**



Peter-André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin

**»Die Aufhebung der Ausschreibungspflicht birgt die Gefahr von Willkür. Es ist keine Zumutung für die Stars der Wissenschaftsszene, sich zu messen«**

ration beim Präsidenten zu kombinieren, war ein Kardinalfehler«, rügt der Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller.

Erik Marquardt vom freien Zusammenschluss von studentInnenschaften, fzs, meint: »Studierende werden heute kaum noch als Teil der Hochschule gesehen, sondern als Kunden, die Wissen konsumieren sollen.«

Die straffen Hierarchien sind Teil der unabhängig agierenden Hochschule mit betriebswirtschaftlichem Charakter und professionellem Management, wie sie FDP-Innovationsminister Andreas Pinkwart vorschwebte, als er das Hochschulfreiheitsgesetz 2006 in den Düsseldorfer Landtag einbrachte. Mit dem Paradigma der »unternehmerischen Hochschule« hielt ein neuer Geist Einzug in die Auditorien.

Seit den 1970er Jahren ist die »Rost- und Silberlaube« das inoffizielle Hauptgebäude der Freien Universität Berlin. Das universitäre Leben unter der Metallkuppel habe mit einer Uni der 1970er und 1980er Jahre jedoch nichts mehr gemein, sagt die Dekanin des Fachbereichs für Philosophie und Geisteswissenschaften, Doris Kolesch, deren Büro gegenüber liegt. »Der Druck, über hochkarätige Projekte Geld zu

akquirieren, hat in den vergangenen zehn Jahren enorm zugenommen. Mitarbeiter, Professoren und Studierende müssen sich beständig Leistungsvergleichen stellen.« Doch zurück zur staatlich gelenkten Uni möchte Kolesch auf keinen Fall: »Die Anerkennung, die mit der Eigenverantwortung verbunden ist, wiegt die Zusatzbelastungen auf.«

Die Grenzen der Freiheit sind jedoch allgegenwärtig. Im Büro des FU-Präsidenten Alt steht ein leeres Sparschwein, die Sau »Marlene«. Sie steht dort wie ein Grenzposten der autonomen Hochschule. Die Grundmittel für Lehre und Forschung sind in den vergangenen Jahren real gesunken. »Die Freiheit, den Mangel zu verwalten, ist ein Danaergeschenk«, sagt Literaturwissenschaftler Alt in Anspielung auf das Holzpferd, das die Trojaner einst von den Griechen bekamen. »Das ist dann die Freiheit, zu entscheiden, wo eingespart wird.«

**Die Rückkehr des Staates**

Schneller als gedacht, könnte den Hochschulen ein Teil ihrer Freiheiten



Andreas Keller, Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft

**»Die Hochschulautonomie mit der Machtkonzentration beim Präsidenten zu kombinieren, war ein Kardinalfehler«**



Doris Kolesch, Dekanin an der Freien Universität Berlin

**»Der Druck, über hochkarätige Projekte Geld zu akquirieren, hat in den vergangenen zehn Jahren enorm zugenommen. Die Anerkennung, die mit der Eigenverantwortung verbunden ist, wiegt die Zusatzbelastungen auf«**

wieder aus der Hand genommen werden. In Nordrhein-Westfalen überarbeitet die rot-grüne Regierung gerade das Hochschulfreiheitsgesetz: Das Land will die Hochschulen wieder stärker kontrollieren und die hiezulande mächtigen Hochschulräte von administrativen Aufgaben entlasten.

»Das Hochschulfreiheitsgesetz ist an wesentlichen Stellen steckengeblieben«, begründet Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) ihren Vorstoß. Es sei ein Fehler gewesen, dass das Land sehr umfangreiche Befugnisse aus der Hand gegeben habe. So würden einige Hochschulen mittlerweile ein Geheimnis daraus machen, wie viel Geld sie gerade im Personalbereich ausgaben. »Wir brauchen mehr Transparenz, es handelt sich schließlich um Steuergeld«, meint Schulze.

Die Präsidien der nordrhein-westfälischen Hochschulen sind davon gar nicht begeistert. Er sehe überhaupt keinen Bedarf, die Hochschulgesetze neu zu regulieren, sie hätten sich hervorragend bewährt, grollt etwa der Kölner Rektor Freimuth.

Schon im nächsten Jahr sollen die neuen Gesetze in Kraft treten. Noch diskutieren Schulze und die Hochschulen rege miteinander, doch die Ministerin ist entschlossen, die Hochschu-

len – wie im Wahlprogramm angekündigt – zu reformieren – auch gegen den Widerstand der Präsidien: »Das durchzusetzen sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig.«

Die in der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zusammengeschlossenen Unis sind nervös. Die in Nordrhein-Westfalen angeordnete Reform der Hochschulräte und die geplante stärkere Kontrolle der Hochschulen durch das Land seien fatale Fehler, so HRK-Präsident Horst Hippler.

Besorgt blickt er auf die anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen. In beiden Ländern könnte die regierende schwarz-gelbe Koalition durch eine rot-grüne ersetzt werden. In Niedersachsen, wo SPD und Grüne die Mehrheit haben, hat die SPD bereits angekündigt, die Rolle der Hochschulräte genau unter die



Svenja Schulze, Wissenschaftsministerin Nordrhein-Westfalen

**»Wir brauchen mehr Transparenz, es handelt sich schließlich um Steuergeld«**

Lupe nehmen zu wollen. Im grün-rot regierten Baden-Württemberg sieht Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) ebenfalls Korrekturbedarf. Hippler seufzt: »Die Welle rollt zurzeit rückwärts.« ■

**DIE AUTORIN**

**Anna Lehmann**

ist Bildungsredakteurin im Ressort Inland der taz – die tageszeitung und berichtet überregional über Schul- und Hochschulpolitik



Serie:  
**TEAM  
WORK**  
im  
Studentenwerk

Wie motiviere ich mich?  
Wie hätte ich es gern?

- Was probier ich diese Woche aus?
- Ziel erreichen = Beruf
  - fertig werden
  - kleinere Ziele setzen
  - Belohnung
  - to-do-Listen
  - Druck
  - weitere Lebenspläne
  - von anderen motivieren lassen



## Heißer Draht

86 Kilometer müssen sie täglich überbrücken – obwohl beide in der Psychosozialen Beratungsstelle des Studentenwerks Osnabrück arbeiten. Allerdings an zwei verschiedenen Standorten. Auf der einen Seite ist Martina Schnieder (l.). Sie ist im Sekretariat in Osnabrück seit 1998 Ansprechpartnerin für die Studierenden und managt die Terminkoordination. Auf der anderen Seite, in der 2006 eröffneten Außenstelle in Vechta, sitzt Kerstin Horngacher (r.). Die Diplom-Psychologin berät die Studierenden in Einzel- und Gruppengesprächen. Trotz der räumlichen Trennung sind die beiden ein tolles Team: Wenn Kerstin Horngacher gelegentlich den aus Datenschutzgründen abgekürzten Namen eines Klienten in ihrem Kalender nicht enträtseln kann, dann rettet sie garantiert das ausgezeichnete Gedächtnis der Kollegin. Unentbehrliches Requisite der beiden ist das Telefon – oder, wie sie sagen, ihr »heißer Draht«. *jaw*

→ [www.studentenwerk-osnabrueck.de](http://www.studentenwerk-osnabrueck.de)

Foto: Sandra Kühnapfel

# »Bangemachen gilt nicht«

**BEWERBUNGSTRAINING** Die Arbeitgeber sehen meist nicht, welche Stärken sie mitbringen – die Absolventen sind oft unsicher in der Bewerbung. Der Berufseinstieg für Studierende mit Behinderungen ist nicht leicht. Eine spezielle Beratung des Studentenwerks Berlin hilft ihnen, sich erfolgreich zu bewerben.

VON **NATALIE KREISZ**

»Ich habe mich wieder ein bisschen entspannt, was die Stellensuche betrifft«, sagt Claudia M.. Sie hat gerade das Bewerbungstraining abgeschlossen, das von der »Beratung für Studierende mit Behinderung und chronischer Erkrankung« vom Studentenwerk Berlin einmal im Jahr angeboten wird.

Claudia M. ist bereits Diplompsychologin und schließt demnächst ihr zweites Studium als Diplomkauffrau ab. Daneben hat sie eine Ausbildung zum Coach gemacht. Ihr Studienschwerpunkt liegt auf Arbeits- und Organisations- sowie Personalpsychologie. Sie ist sehbehindert und mit den Barrieren an der Hochschule gut zurechtgekommen, weil sie Unterstützung finanziert bekommen hat: eine persönliche Assistentin für einige Stunden in der Woche, die sie im Studienalltag unterstützte und einen speziellen Computer für Sehbehinderte. Claudia M. kann sich gut vorstellen, im Bereich Personalführung zu arbeiten. Sie erzählt aber auch, dass sie einen pessimistischen Blick auf die Arbeitswelt hat. Die Statistiken zeigten ihr, dass es nicht gut aussieht für Menschen mit Behinderungen. Ihre größte Sorge ist, »dass mich gar keiner haben will, obwohl ich jetzt so viele Kompetenzen aufgebaut habe. Dass keiner sieht, dass die

Behinderung nur ein Teil von mir ist und dass sie auch Stärken hervorbringt.« Beim Studentenwerk Berlin wurde sie in einer kleinen Gruppe mit anderen Absol-



venten von Experten zu Fragen rund um das eigene Profil und die Bewerbungsmappe beraten. Zudem bekam sie Informationen über weitere Formen der Unterstützung und übte, wie sie sich in Bewerbungsgesprächen gut präsentieren kann.

Eigene Stärken hervorheben: In den Gruppen tauschen sich die Teilnehmer offen über ihre Schwierigkeiten aus – und bekommen gezielte Tipps.

Illustration: BlazeGrafik; Fotos: Lars Nickel

»Auf dem Schokoriegel steht auch nicht: Iss mich nicht, ich bin ungesund, sondern: Ich bin lecker, nimm mich!«

Jakob K., diplomierte Sozialarbeiter

→ **Nischen suchen und ausfüllen**

Jakob K. ist frisch diplomierter Sozialarbeiter und ebenfalls sehbehindert. Er pflichtet Claudia M. bei: »Auf dem Schokoriegel steht auch nicht: Iss mich nicht, ich bin ungesund, sondern: Ich bin lecker, nimm mich!« Er sieht seine Behinderung als Herausforderung, hat sein Studium in der Regelstudienzeit von acht Semestern absolviert und in der Diplomarbeit ein eigenes pädagogisches Konzept zur Schulung von Senioren an Computern entwickelt. Damit verbindet er seine technischen und sozialen Kompetenzen. In einem Praktikum hat er seine theoretischen Überlegungen bereits erprobt. »Man muss sich vorher überlegen, wo und wie man in den Betrieb hineinpaßt. Wo ist die Nische, die man gut ausfüllen kann.« Das hat der Kurs für ihn noch einmal auf den Punkt gebracht.

**Besonderer Beratungsbedarf**

Das gilt allerdings für alle Arbeitssuchenden, sagt Personaltrainer

Sag' ich es überhaupt? Bin ich dazu verpflichtet oder geht das niemanden etwas an? Fragen, die individuell geklärt werden müssen, denn jede Behinderung oder chronische Krankheit äußert sich anders. Und jeder geht anders damit um. Claudia spricht lieber von »Handicap«. Sie ist der Meinung, dass jeder mit einer größeren oder kleineren Einschränkung lebt und sich daraus eigentlich eine Selbstverständlichkeit im Umgang miteinander ergeben sollte. Jakob K. dagegen findet, dass man nichts vertuschen soll. Dass man die Behinderung klar benennen muss und genauso klar sagen soll, wie die besonderen Qualitäten aussehen, die man mitbringt. Er spricht von einem »Mehrwert«, den man schon in der Bewerbung darstellen muss, damit der Arbeitgeber sich überwindet, einen Menschen mit Behinderung einzuladen. Denn wenn man selbst die Hürde genommen und sich beworben hat, steht immer noch eine vor dem zukünftigen Arbeitgeber.

**Souveräner Umgang mit typischen Fragen**

Aus Erfahrung weiß Jakob K., dass die Hemmschwelle des Gegenübers meist größer ist als seine eigene. Wenn er überhaupt eine Antwort auf seine Bewerbung bekam, dann fragte der Arbeitgeber oft zögerlich, ob Jakob K. alleine zum Bewerbungsgespräch kommen könne oder ob man ihn abholen müsse. Trauten sie dem Diplomsozialarbeiter den Weg alleine zu, fragten sie ihn, ob man ihn zur Toilette bringen müsse und wie er wohl zurecht käme.



Zum Mitnehmen: Das umfangreiche Informationsmaterial hilft den Teilnehmern später beim Formulieren ihrer Bewerbung.

Thorsten Kinnius. Absolventen mit Behinderungen haben genau die gleichen Fragen wie alle anderen Arbeitssuchenden auch. Nur, dass sie sich dazu noch mit der Darstellung ihrer Behinderungen oder chronischen Krankheiten auseinandersetzen müssen. Wie sag' ich es?

Claudia M. ist sich sicher, dass es eine ihrer besonderen Qualitäten ist, dass sie viele Unter- und Zwischentöne der Stimme ihres Gegenübers erfasst – gerade weil sie nicht so visuell fokussiert ist. Ob sich das aber jemand vorstellen kann, der sich nicht auditiv orientiert? »Wie wollen Sie mit Klienten arbeiten, wenn Sie ihren Gesichtsausdruck nicht sehen können?« – im Bewerbungstraining haben sie besprochen, dass man sich besonders gut auf solche Fragen

Fotos: Lars Nickel

**Bi-kulturell in den Beruf**

»Du bist die Zukunft Deiner Familie« heißt es ermutigend und herausfordernd auf der Homepage des Projekts »Warum denn nicht? Migration und Bildung« vom Studentenwerk und der Hochschule in Oldenburg. Wer nicht aus einem akademischen Elternhaus kommt, hat es schwerer, den Weg an und durch die Universität zu finden. Für Studierende und Absolventen/innen mit Migrationshintergrund liegen da oft noch mehr Stolpersteine im Weg. Vor allem auch beim Start ins Berufsleben. Um an ihnen nicht zu scheitern, bietet das Projekt spezielle Absolventen-Workshops, themengeleitete Gesprächskreise, ein Internetforum sowie individuelle Beratung an. Das Coaching soll helfen, eine persönliche, international ausgerichtete Studien- und Berufsstrategie zu entwickeln.

Cigdem Handschuch, die Ansprechpartnerin, berichtet, dass es oft nur der erste Schritt ist, der den Betroffenen schwerfällt. Sie hat diese Erfahrung selbst gemacht. Auf der Homepage finden sich weitere Erfolgsgeschichten, die zeigen, dass man es schaffen kann und wie wichtig Unterstützung dabei ist. Ziel des Projekts in Oldenburg ist es, den bi-kulturellen Background der Studierenden nicht als Hindernis, sondern als bereichernde Quelle für eine Karriere in Deutschland zu nutzen.

→ [www.studentenwerk-oldenburg.de](http://www.studentenwerk-oldenburg.de)

→ [www.warum-denn-nicht.info](http://www.warum-denn-nicht.info)

vorbereiten muss: »Was sind die typischen Fragen, die mir aufgrund meiner Behinderung gestellt werden?«

Der souveräne Umgang mit derlei Fragen nimmt auch dem Gegenüber die Bedenken. »Zum Glück«, sagt Jakob K., »wiederholen sich diese Fragen, so dass man sich dann auf die »Extrafragen« des jeweiligen Betriebs konzentrieren kann.« – das ist nicht leicht. Da sind sich beide einig. Aber es hilft nichts, sie müssen sich bewerben und nebenbei auch noch Aufklärung betreiben.

**Auf die Stärken vertrauen**

Sowohl Jakob K. als auch Claudia M. sind motiviert aus dem Seminar des Studentenwerks Berlin gekommen. Nicht zuletzt finden die beiden die persönliche Begegnung mit Studierenden mit anderen Behinderungen oder chronischen Krankheiten bereichernd. Claudia M. interessiert es, »wie andere damit umgehen und was sie für Probleme haben, auf die ich gar nicht komme.« Denn auch im Studium ist der Austausch unter Studierenden mit Behinderung und chronischen Krankheiten nicht selbstverständlich. Eine im Sommer 2012 veröffentlichte Befragung des Deutschen Studentenwerks zur Situation von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Krankheit zeigt, dass 44 Prozent

Foto: privat (Autorin)

**Kompetenz durch Netzwerk**

Der Einstieg für Universitätsabsolventen in den Beruf ist bekanntlich nicht immer einfach. Das Studentenwerk und die Universität in Greifswald und die Arbeitsagentur Stralsund haben sich deshalb zu einem Kompetenznetzwerk zusammengeschlossen. Aus den langjährigen Erfahrungen mit Studierenden haben sie ein umfangreiches, studienbegleitendes Angebot an Workshops und Informationsveranstaltungen entwickelt, das am Ende des Studiums den Übergang in die Berufswelt erleichtern soll: verschiedene Kurse, beispielsweise zum Umgang mit Prüfungsangst, zu Präsentationstechniken oder Workshops rund um die Bewerbung für Absolventen/innen. Für Studentinnen bietet »Karrierewege für Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft M-V« noch einmal zusätzliche Kurse zur Stärkung des Vertrauens in die eigene Persönlichkeit, für einen starken Auftritt und zum »Souveränen Umgang mit Kritik und Killerphrasen«. Für alle gibt es Informationsveranstaltungen zu den Themen »Stipendien« oder »Studienwechsel« mit Input und der Möglichkeit zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch.

→ [www.studentenwerk-greifswald.de](http://www.studentenwerk-greifswald.de)

der Studierenden mit Beeinträchtigung sich lieber gar nicht outen und daher auf Beratung und Unterstützung – auch untereinander – verzichten.

Im Rückblick auf das Programm sind Claudia M. und Jakob K. der Meinung, dass die Praxis, das Üben für ein Vorstellungsgespräch, das Auffrischen der wesentlichen Fragen und Techniken und vor allem die Stärkung des Vertrauens auf die eigenen Fähigkeiten ihnen Kraft gegeben haben, motiviert auf Arbeitsplatzsuche zu gehen. Außerdem vermittelte der Kurs entsprechende Kontakte für weiterführende Fragen zum Einstieg in den Beruf. Jakob K. hat sich in der Zwischenzeit bereits erfolgreich beworben und einen Job bei seinem favorisierten Arbeitgeber aufgenommen. ■  
→ [www.studentenwerk-berlin.de](http://www.studentenwerk-berlin.de)

**DIE AUTORIN**

**Natalie Kreis**  
arbeitet als freie Autorin



# Klare Kante zeigen

**ULRIKE BEISIEGEL**

**Sie ist die erste Präsidentin in der 276-jährigen Geschichte der Universität Göttingen. Die Themen Gleichstellung und Entschleunigung liegen ihr besonders am Herzen.**

VON **TILMANN WARNEKE**

—»Die Verhältnisse zum Tanzen bringen«: Mit dieser Ansage wird Ulrike Beisiegel, Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen, an diesem Morgen von ihren Studierenden begrüßt. Sie haben den Spruch auf ein rotes Banner geschrieben, es flattert an der Fassade eines leer stehenden Uni-Instituts in der Göttinger Innenstadt. Seit der vergangenen Nacht besetzen die Studierenden das Gebäude. Mit der Aktion protestieren sie gegen die Wohnungsnot, die in Göttingen wie in vielen anderen Universitätsstädten groß ist. Mehrere Polizeiwagen sind bereits vorgefahren. Dutzende Polizisten stehen den etwa 70 Studierenden gegenüber, die allein wegen der Kälte an diesem Morgen wie verummmt wirken. Beisiegel beschließt, trotz der angespannten Lage vorbeizukommen. »Lassen Sie uns sprechen«, ruft sie den Besetzern zu – was sich als Motto für ihre gesamte Amtsführung interpretieren lässt.

»Ich verstehe die Studierenden ja durchaus«, sagt Beisiegel, als sie später am Tag über den Fall spricht: »Besonders zu Beginn des Wintersemesters ist es in Göttingen immer wieder schwierig, passenden und bezahlbaren Wohnraum zu finden.« So mitfühlend, wie sie re-

det, bekommt man fast den Eindruck, sie würde selber ein Haus besetzen, wenn sie jetzt Studentin wäre. Als Präsidentin jedoch lässt sie das Institut von der Polizei räumen, als nach der Diskussion elf Studierende das Haus immer noch nicht verlassen wollen: »Wenn die bleiben und es passiert etwas, heißt es hinterher doch: Präsidentin vernachlässigt Studierende.« »Moderieren« schließt für Beisiegel »Klare Kante zeigen« ohnehin nicht aus. Seit zwei Jahren leitet die 60-jährige Biochemikerin die Universität Göttingen, eine der traditionsreichsten Hochschulen Deutschlands. Ihre Wahl kam einem Seitenwechsel gleich. Jahrelang beriet Beisiegel in einflussreichen Positionen die deutsche Wissenschaft: Im Wissenschaftsrat und als Ombudsfrau der Deutschen Forschungsgemeinschaft war sie die wichtigste Ansprechpartnerin bei der heiklen Frage wissenschaftlichen Fehlverhaltens. Als Leitmotiv für ihre Amtszeit wählte sie das Thema »Entschleunigung«. Ein Paradigmenwechsel: Herrscht doch in der Wissenschaft wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen ein immer heftigerer Wettbewerbsdruck. Beisiegel hingegen ist überzeugt: »Wenn Sie Exzellenz ernst meinen, kriegen Sie die nur mit Entschleunigung.«

Nun bedeutet das natürlich nicht, dass ab sofort gefaulenzt wird. Vielmehr heißt es: gründlicher arbeiten, größere Zusammenhänge erkennen. Das fängt im Studium an. In Göttingen durchforsten sie die →



**»Wenn Sie Exzellenz ernst meinen, kriegen Sie die nur mit Entschleunigung«**

→ Studienpläne, um mehr Freiraum im Bachelor zu schaffen. »Wer Physik studiert, sollte auch in die Philosophie hineinschnuppern können«, sagt Beisiegel. Sie selber hat sich während ihres Studiums in Marburg in den 1970er Jahren für die Friedensbewegung engagiert.

Zu Freiräumen gehört, dass Studierende sich nicht außerhalb der Universität aufreiben müssen – wie bei der Suche nach bezahlbaren Wohnungen oder beim Jobben. Beisiegel setzt sich für eine bessere Stipendienkultur ein. Oft fehlten gerade nicht so vermögenden Familien die nötigen Informationen. Sie spricht aus eigener Erfahrung: Der Vater war Verwaltungsangestellter, die Mutter daheim. Trotz guter Noten wäre »ich gar nicht auf die Idee gekommen, mich bei der Studienstiftung des deutschen Volkes zu bewerben.« Dass ihre Eltern sie als Mädchen zwischen zwei Jungs dennoch »maximal unterstützten«, war nicht selbstverständlich. Sie will jetzt schon an Schulen auf Förderungsmöglichkeiten aufmerksam machen.

Nach ihrer Promotion arbeitete Beisiegel im Labor der späteren Nobelpreisträger Joseph L. Goldstein und Michael Brown. 26 Jahre lang war sie danach am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Sie forschte mit adulten Stammzellen, auf der Suche nach Ursachen für Arteriosklerose und Diabetes. Die Erfahrungen haben sie geprägt: Die Biomedizin ist ein Gebiet, in dem der Druck,

**»Ich habe 400 eigenwillige Professoren, 26 000 Studierende, die Häuser besetzen, und insgesamt rund 7500 Beschäftigte, denen die Kreativität einer Präsidentin manchmal doch zu viel wird«**

schnell zu publizieren, besonders groß ist. »Darunter leiden Forschung und Ausbildung«, kritisiert Beisiegel. Viele junge Kollegen würden heute nur noch Abstracts lesen, keine ganzen Aufsätze. Es gehe allein um Renommee, nicht um Inhalte.

»Schaufensterforschung« nennt sie dieses Phänomen. Als sie das bei ihrem Abschied aus Eppen-

## Ulrike Beisiegel über ...

### ✓ Chancengleichheit

»Die Zahl der Universitätspräsidentinnen nimmt zu, unter den Wissenschaftsministern sind sogar mehr Frauen als Männer. Dennoch bleibt viel zu tun. So verdienen Frauen auch an Universitäten immer noch weniger als Männer. Die Probleme der jungen Frauen sind dieselben wie unsere früher. Sie müssen als Frau regelrecht einbrechen in die Männerwelt. Als Frau wird man dabei oft in einer Form behandelt, dass man denkt: Darauf habe ich nun wirklich keine Lust. Es ist für junge Frauen wichtig zu erkennen, dass das am System liegt und nicht an der eigenen Person.«

### ✓ Bologna-Prozess

»Studierende sollen über den Tellerrand ihres Fachs hinausschauen können. Wir wollen in Göttingen daher die Wahlfreiheit im Bachelorstudium vergrößern. Das bedeutet: Weniger Prüfungen und mehr Zeit für Wahlmodule, damit Seminare tatsächlich nach Interesse belegt werden können. Wir wollen auch das Auslandsstudium erleichtern. Und es muss der Freiraum für Studierende da sein, sich hochschulpolitisch engagieren zu können.«

### ✓ Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

»Prinzipiell finde ich es nicht gut, wenn sich unter den Hochschulen immer mehr Grüppchen bilden. Es ist wichtig, dass die HRK als eine Stimme der deutschen Hochschulen spricht. Als HRK-Vizepräsidentin betreue ich auch das Ressort Hochschulmanagement. Ich will die Kommunikation zwischen Hochschulleitung, Wissenschaft und Verwaltung verbessern. Außerdem werde ich mich um eine Verbesserung der Personalstrukturen für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler kümmern.«

### ✓ Studentenwerke

»Beratungsangebote spielen heutzutage eine immer größere Rolle. Studentenwerke kümmern sich heute auch um Studierende mit Behinderung oder chronischen Krankheiten, um Lern- und Arbeitsstörungen oder Prüfungsangst, um Arbeitsorganisation und Zeitmanagement, um die Gesundheit der Studierenden oder um die Kinderbetreuung. Und damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zu einem erfolgreichen Studium.«



### ZUR PERSON **Ulrike Beisiegel**

Geboren 1952 in Mülheim an der Ruhr, studierte Ulrike Beisiegel Biologie und Humanbiologie in Münster und Marburg. Sie promovierte 1979 am Fachbereich Medizin, 1990 folgte die Habilitation in Hamburg. Von 2001 bis 2010 leitete sie das Institut für Biochemie und Molekularbiologie am Klinikum Hamburg-Eppendorf. Seit 13 Jahren arbeitet Beisiegel in einflussreichen Positionen in Wissenschaftsinstitutionen wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Seit 2011 ist Ulrike Beisiegel Präsidentin der Georg-August-Universität Göttingen sowie Senatorin der Leibniz-Gemeinschaft (seit 2002) und der Max-Planck-Gesellschaft (seit 2011).

→ [www.uni-goettingen.de](http://www.uni-goettingen.de)

dorf in einem Interview sagte, führte das zu bösem Blut. Der Dekan warf ihr Arroganz vor. Beisiegel aber findet, dass Missstände öffentlich benannt werden müssen, will man etwas ändern. So hat sie wiederholt die mangelnde Qualität von Promotionen in der Medizin kritisiert.

Wie aber sieht eine entschleunigte Universität aus? »Erst einmal heißt es: nur arbeiten. Ich mache keinen Druck in Bezug auf neue Anträge.« Sie will den riesigen Verwaltungsaufwand für Wissenschaftler abbauen, die Kommunikation innerhalb der Universität verbessern, die Familienfreundlichkeit fördern, die Diversität vergrößern. »Ich habe 400 eigenwillige Professoren, 26 000 Studierende, die Häuser besetzen, und insgesamt rund 7500 Beschäftigte, denen die Kreativität einer Präsidentin manchmal doch zu viel wird.

Wenn diese alle an einem Strang ziehen, ist viel erreicht.«

Nun ist der Terminkalender einer Präsidentin gut gefüllt. Im Anschluss an die Diskussionen mit den besetzenden Studierenden fährt Beisiegel nach Berlin, später am Abend geht es nach Brüssel. »Viele sagen, ich gehöre selbst entschleunigt«, sagt sie und lacht. Zum Abschalten reiche es ihr aber, »zu Hause einfach die Tür zuzumachen«, im Wald spazieren zu gehen oder zu segeln. »Natur entspannt mich.«

Zu einer Art Zwangs-Entschleunigung kam es bei der Entscheidung in der Exzellenz-Initiative. Göttingen wurde die Elitekrone vom Kopf

gerissen. Ein Schock. »Die Uni hat sehr gelitten, ich musste viel trösten«, sagt Beisiegel – während sie persönlich eine Niederlage eher schnell abhake. Dass diese dennoch an ihr nagt, merkt man daran, wie sie sich beeilt aufzuzählen, dass ihre Universität sich in den vergangenen Jahren verbessert habe. Dass das Zukunftskonzept von den Gutachtern gelobt worden sei. Die Niederlage habe ja auch etwas Gutes, womöglich habe man »einen Tick mehr Zeit zum Nachjustieren des Konzepts«. Für die Umsetzung hat das Land gerade erst bis zu 30 Millionen Euro bereitgestellt.

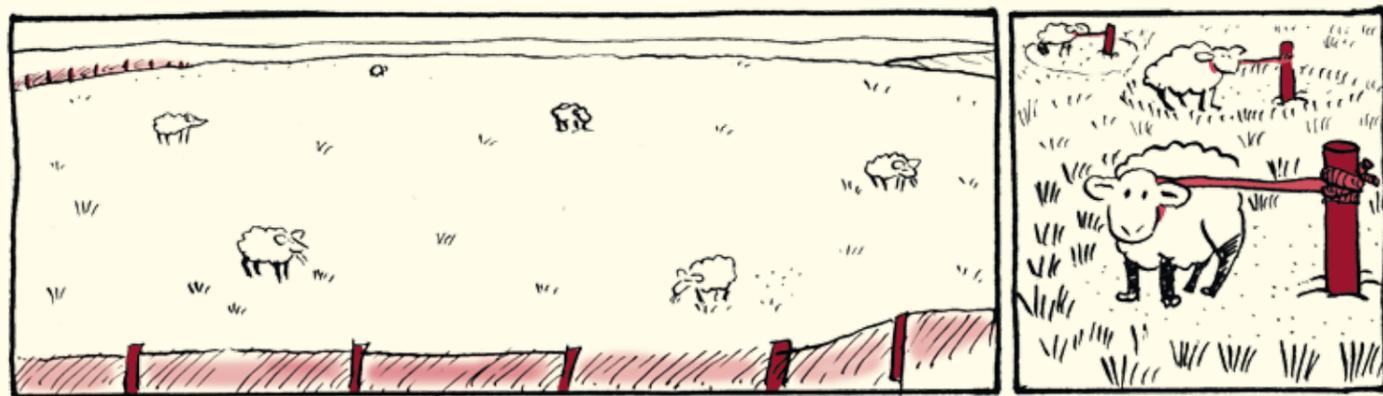
Pragmatisch sieht sie einen weiteren Dämpfer: Nur knapp wurde sie zur Vizepräsidentin der Hochschulrektorenkonferenz gewählt. »Da waren die Ängste vor separatistischen Strömungen der großen Universitäten schuld. Das kann ich ganz entspannt akzeptieren.« Der Hintergrund: Göttingen hat kürzlich einen Verbund 15 großer Unis mitbegründet, der eine Führungsrolle beansprucht. Die immer größer werdende »Grüppchenbildung« unter den Hochschulen finde auch sie bedenklich, sagt Beisiegel jetzt. Dass sich die U15 als »Vordenker« verstehen, daran hält sie aber fest.

Beisiegel ist die erste Frau, die in der 276-jährigen Geschichte der Universität Göttingen deren Geschicke leitet. Bei den Medizinern war sie oft die einzige Frau unter Männern, das Thema Gleichstellung liegt ihr am Herzen. Förderung funktioniert vor allem durch Mentoring: Auch als Präsidentin berät sie noch immer junge Wissenschaftlerinnen. Beim Wissenschaftsrat organisierte sie als erste ein Treffen der weiblichen Mitglieder. »Als ich im Plenum ankündigte: »Wir Frauen sprechen jetzt einmal unter uns«, ging ein Raunen durch den Saal.« Einerseits sei inzwischen schon viel erreicht, sagt sie und verweist darauf, dass mehr als die Hälfte der Wissenschaftsministerien in Deutschland von Frauen geführt werden. »Andererseits erlebe ich jeden Tag ein Beispiel, bei dem ich denke: Wir sind doch noch nicht so weit.« ■

### DER AUTOR

**Tilman Warnecke** arbeitet im Ressort Wissen des Tagesspiegels und schreibt vor allem über Bildungs- und Forschungspolitik





# Spielräume statt Detailsteuerung

**NEUSTART** Bisher hat der Akkreditierungsrat starken Einfluss auf die Gestaltung von Studiengängen genommen. Nun will er den Hochschulen mehr Autonomie lassen.

VON REINHOLD R. GRIMM

Der Bologna-Prozess hat den Weg zu einem gemeinsamen Hochschulraum und zur weitgehenden Autonomie der Hochschulen in Europa geöffnet. Es sollen strukturell vergleichbare, nicht aber identische Studienangebote entstehen, die gegenseitig anerkannt werden und den Studierenden den Wechsel zwischen den Hochschulen Europas ermöglichen, sowie die freie Zusammenstellung eines Studienprogramms durch die Kombination von Bachelor- und Master-Studium.

In Deutschland wurden damit die ministeriellen Genehmigungsverfahren weitgehend abgelöst, die auf der Basis von zentralen Rahmenprüfungsordnungen über die neuen Studiengänge bestimmten. Sie sollten nunmehr vor Ort entwickelt werden und das spezifische Lehrprofil einer Hochschule prägen. Hierfür wurde zunächst der Weg der Studiengangskkreditierung gewählt, die von dezentralen und konkurrierenden Agenturen unter der Aufsicht des Akkreditierungsrats durchgeführt wurde. Sie sollte die Einhaltung der länderübergreifenden Vorgaben gewährleisten, zugleich aber positive Anstöße zur inhaltlichen Studienreform geben.

Die Programmakkreditierungen haben dazu beigetragen, dass viele Studiengänge in Deutschland umfassend überarbeitet und neue Studienangebote entwickelt wurden. Allerdings wurde der Bologna-Prozess in der deutschen Hochschullandschaft oft sehr bürokratisch und kleinteilig umgesetzt, besonders im Vergleich mit den europäischen Nachbarländern. Insofern ist Kritik an der Akkreditierungswirklichkeit in Deutschland, wenn sie nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet, durchaus berechtigt.

Es kam zu einer ausufernden Detailsteuerung, an der alle Beteiligten, vor allem auch die am lautesten Klagenden, mitgewirkt haben. Dies gilt für die Länder, die neben den gemeinsamen Strukturvorgaben oft noch eigene, zusätzliche erlassen haben. Dies gilt für die Akkreditierungsagenturen, die über die Vorgaben des Akkreditierungsrats hinaus steuernd in die Entwicklung neuer Studiengänge eingreifen und damit ihre

Kompetenzen überschreiten. Die Hochschulen ihrerseits haben die Bologna-Studiengänge mit eng geführten Modulen und einem Prüfungsregime überfrachtet, das von den Studierenden zu Recht als unnötige Verschulung beschrieben wird.

Zu viele Köche verderben gelegentlich den Brei. Ob die Verteilung der Aufgaben zwischen Akkreditierungsrat und einer Vielzahl von Akkreditierungsagenturen auf die Dauer richtig organisiert ist, darf durchaus gefragt werden. Nun liegt es an allen Beteiligten, Ländern, Hochschulen und Agenturen, vor allem aber an den Hochschullehrern selbst, ihre Studiengänge attraktiv und zielführend auszugestalten. Gute Studiengänge können nur vor Ort entwickelt werden: Der Weg zur realen Hochschulautonomie in Lehre und Studium ist aber weder für die Länder noch für die Hochschulen ganz einfach.

Der Akkreditierungsrat versucht, Detailsteuerung und Überregulierung abzubauen. Die Bologna-Struktur ermöglicht den Studierenden eine flexible Studiengestaltung mit individuell gewählter Kombination von Bachelorstudium, Masterphase und Berufstätigkeit. Vor allem hinsichtlich der Studiengangsgestaltung entspricht das der Wirklichkeit noch längst nicht überall.

Studierende beklagen die Verschulung des Studiums und die Einengung ihrer Freiräume, vor allem aber die Belastung durch ein zu kleinteiliges Prüfungsregime. Der Akkreditierungsrat hat deshalb seine Regeln für die Akkreditierung von Studiengängen im Licht der inzwischen gewonnenen Erfahrungen überarbeitet und den Akzent der Akkreditierung auf die Studierbarkeit der Studiengänge gelegt.

Die Verantwortung für die Qualität der neuen Studiengänge liegt bei den Hochschulen selbst; ihre Kompetenz ist zu stärken und zu respektieren. »Institutionelle« Akkreditierungen sollen nun die Autonomie der Hochschulen stärken und Spielräume in der Entwicklung und Umgestaltung der Bologna-Studiengänge schaffen. Deshalb hat der Akkreditierungsrat mit der Systemakkreditierung einen ersten Schritt zu dieser neuen Akkreditierungsform gemacht: Hochschulen, die in einer externen Begutachtung die Wirksamkeit

ihrer Qualitätssicherung in Lehre und Studium nachgewiesen haben, müssen sich nicht mehr der Einzelakkreditierung ihrer Studiengänge unterziehen. Die Systemakkreditierung könnte hingegen Selbststeuerungsprozesse in Gang setzen und Reglementierungen auf das notwendige Mindestmaß zurückführen.

Die gelegentlich geforderte gänzliche Einstellung der Akkreditierungsverfahren würde zurück zur staatlichen Kontrolle der Hochschule führen, die von niemandem ernsthaft gewünscht wird. Die Autonomie der Hochschulen, auch in der Gestaltung von Studium und Lehre, verlangt die Einhaltung einer (möglichst kleinen) Zahl von Regeln und die öffentliche Rechenschaftslegung. Sie ist dann sachgerecht, wenn sie durch Wissenschaft und Studierende getragen wird, also eben nicht durch eine sachfremde Instanz. Darauf muss die künftige Ausgestaltung der Akkreditierungsformen abheben. Bei der Überprüfung einzelner Studiengänge kommt es darauf an, ob die von den Hochschulen selbst formulierten Studienziele, die berufliche Relevanz und die Studierbarkeit erreicht werden. Mit der künftig hoffentlich in den Vordergrund tretenden institutionellen Akkreditierung wird den Hochschulen die Mög-

»Mit der institutionellen Akkreditierung wird den Hochschulen die Möglichkeit gegeben, unter Einhaltung weniger Vorgaben, einen eigenen Weg zur Profilierung und Ausgestaltung ihrer Studiengänge zu finden«

lichkeit gegeben, unter Einhaltung weniger Vorgaben, einen eigenen Weg zur Profilierung und Ausgestaltung ihrer Studiengänge zu finden. Durch Anregungen der Hochschulrektorenkonferenz und des Wissenschaftsrats kann die Systemakkreditierung die Spielräume der Hochschulen in der Gestaltung der Studiengänge erweitern. Damit können sie auch den Studierenden Spielräume in der Organisation ihres Studiums eröffnen – im deutschen und im europäischen Hochschulraum. ■



DER AUTOR

Reinhold R. Grimm  
ist Professor für romanische Literaturwissenschaft  
und seit 2006 Vorsitzender des Akkreditierungsrats  
→ [www.akkreditierungsrat.de](http://www.akkreditierungsrat.de)

Illustration: Dominik Herrmann

Foto: privat (Autor)



# 13 Fragen an... Jürgen Mlynek

## 1 Herr Mlynek, hüten Sie einen Sack Flöhe?

Nein, aber eines ist richtig: In der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren können wir uns gegenseitig das Leben schwer machen. Oder exzellent forschen und prominent wahrgenommen werden.

## 2 Und so betreiben Sie jetzt die Helmholtzifizierung der Forschung!

Ich kann mit dem Begriff nichts anfangen. Wenn Sie damit auf unser Konzept Helmholtz 2020 anspielen, so kann ich nur sagen: Wir wollen niemanden vereinnahmen, sondern wollen die Forschungslandschaft mit unseren Ideen mobilisieren, dynamisieren und elektrisieren – das ist positiv.

## 3 Klingt aber wie reanimieren.

Nein, die deutsche Forschung steht glänzend da. Trotzdem wollen wir neue Formen strategischer Partnerschaft mit den Universitäten ausloten.

## 4 Der Forschung sollen 35 Milliarden Euro fehlen.

Wenn wir über Finanzlücken sprechen, dann schmerzt die Unterfinanzierung der Universitäten. Die muss beseitigt werden.

## 5 Die Länder nennen Bildung und Wissenschaft ihr Hausgut – und lassen es verwahrlosen.

Dem ist nichts hinzuzufügen. Wenn die Länder nicht genug Mittel für Wissen übrig haben, dann muss man dem Bund die Möglichkeit geben, Universitäten institutionell zu unterstützen.

## 6 Sind Sie der Pfadfinder des Bundes: Sie kooperieren da, wo Frau Wanka nicht darf?

Sie sollten uns zugestehen, dass wir eigenständig handeln. Wir versuchen, nationale Forschungsinteressen umzusetzen, wir organisieren Infrastruktur, wie das Synchrotron, und machen Großforschung möglich.

## 7 Sagen Sie es, wie es ist: Sie machen Bundesuniversitäten.

Nein, das machen wir nicht.

## 8 Ist die Idee der Bundesuniversitäten mit dem Karlsruher Institut für Technologie »KIT« nicht schon wieder perdu? Es hat prompt seinen Elite-Status verloren.

Es wird gelingen, den wissenschaftlichen Mehrwert des KIT deutlich zu machen. Allerdings wurde zu viel über Struktur geredet und zu wenig über die Inhalte der Exzellenzcluster nachgedacht.

## 9 Trotzdem versuchen Sie das Gleiche mit der Charité in Berlin?

Das Modell, das wir dort entwickeln, ist komplett anders als am KIT.

## 10 Weil die riesige Universitäts-Klinik Charité ein Moloch ist?

Moloch haben Sie gesagt, wir sehen in der Charité die wissenschaftliche Exzellenz, für die sie steht. Wir wollen das Zusammenspiel von Grundlagenforschung und Patientenversorgung in einem neuen Forschungsraum ermöglichen. Und das mit zusätzlichen Mitteln des Bundes – das ist der springende Punkt.

## 11 Was war komplexer, die Humboldt-Universität zu Berlin Richtung Exzellenz zu führen oder Helmholtz zum Leitstern zu machen?

Es sind unterschiedliche Aufgaben: Universitäten stehen für die Sozialisation der künftigen Führungsgeneration. Der Job bei Helmholtz ist, wichtige nationale Forschungsziele strategisch zu bedienen. Beides gehört auch zusammen.

## 12 Was macht mehr Spaß?

Einem Physiker wie mir bereiten Naturwissenschaft, Technik und Lebenswissenschaften eine besondere Freude. Und Helmholtz ist auch das Große Rad, an dem man drehen darf – denken Sie allein an unsere 6000 Doktoranden.

## 13 In Großbritannien gibt es den Government Chief Scientific Adviser. Was würden Sie als Adviser der Kanzlerin raten?

Wir müssen das Energieproblem lösen. Das hat Priorität. Und wir müssen alles tun, um hochqualifizierte Arbeitsplätze für hochqualifizierte Leute sicherzustellen – auch in Zukunft.

Die 13 Fragen stellte Christian Füller, taz-Redakteur und Buchautor; er bloggt als Pisaversteher

**PROF. DR. JÜRGEN MLYNEK**, geboren 1951, ist Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft. Der Physiker war unter anderem Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin (2000-2005) und ist seit Langem im Forschungsmanagement tätig.

## AUS DEN STUDENTENWERKEN



### Studentenwerke interkulturell

Als ausländischer Studierender in Deutschland – da ist in erster Linie »Lernen« angesagt. Nach Vorlesungsende heißt es »Leben«, also wohnen, essen, feiern, jobben, Leute kennenlernen, mit Behörden und Bürokratie ringen, zweifeln, das Deutsch verbessern, reisen, sich engagieren und so weiter. Wie die Studentenwerke ausländischen Studierenden beim (Ein-)Leben zur Seite stehen, wie sie begrüßen, begleiten, beraten, wie sie Begegnung ermöglichen, zeigt eine neue Broschüre der Servicestelle Interkulturelle Kompetenz des DSW. Zehn Klassiker und zehn Glanzlichter aus den Studentenwerken, die oft in Zusammenarbeit mit den Hochschulen entstanden sind, werden darin vorgestellt. *zi*

Bestellung unter → [sik@studentenwerke.de](mailto:sik@studentenwerke.de)

Download unter [www.studentenwerke.de/pdf/STW\\_INTERKULTURELL.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/STW_INTERKULTURELL.pdf)

### Darlehen für Arbeiterkinder

Wenn sich die ersten BAföG-Zahlungen verzögern, können Studienanfänger aus Nichtakademiker-Familien in Freiburg seit Januar 2012 vom Studentenwerk ein zinsloses »Arbeiterkind-Darlehen« erhalten. Bisher haben sechs Studierende das Angebot genutzt. Das Studentenwerk zieht eine positive Bilanz: »Denjenigen, die ein Darlehen bekommen haben, war es eine große Hilfe, vor allem für Kautions- oder Mietzahlungen.« Voraussetzung ist, dass die Studierenden BAföG-berechtigt sind und eine Empfehlung von Arbeiterkind.de vorweisen. Das Darlehen wird mit dem BAföG verrechnet und in Raten zurückgezahlt. Die Idee entwickelte sich in einem Gespräch zwischen der Gründerin von Arbeiterkind.de, Katja Urbatsch, und dem Geschäftsführer des Studentenwerks Freiburg, Clemens Metz. *bk*

→ [www.swfr.de](http://www.swfr.de)

### Bürgerpreis 2012

Glück und Jazz Auf! Zwei Mitglieder der IG Jazz im Studentenwerk Freiberg haben im Januar 2013 den Bürgerpreis 2012 der Stadt Freiberg erhalten. Gerd Schmidt und Wolfgang »Eugen« Trautzold wurden damit für ihre langjährige ehrenamtliche Tätigkeit ausgezeichnet. Beide engagieren sich nicht nur in der IG Jazz, sondern auch bei den seit Anfang der 1970er Jahre bestehenden Freiburger Jazztagen. Für ihre niveauvollen und kreativen Programme haben sie jahrzehntelang berühmte Künstler nach Freiberg geholt – unter anderem Carla Bley, Klaus Doldinger und Günter Baby Sommer. Zusätzlich organisieren Schmidt und Trautzold Veranstaltungen für Kinder und Konzerte im Studentenclub. Die 39. Freiburger Jazztage finden vom 17. bis 22. April 2013 statt. *jaw*

→ [www.studentenwerk-freiberg.de](http://www.studentenwerk-freiberg.de)



### Mensa-Schatz entdeckt

Ein echter Schatz wurde im Studentenwerk Dresden gefunden. Mensa-Geschirr aus über 90 Jahren Hochschulgastronomie hat der Mensachef Jörg Bischoff in alten Archivkisten aufgestöbert und zu der Ausstellung »Mensageschirr aus 100 Jahren« zusammengestellt. Die Teller, Töpfe und Bestecke erzählen von vier verschiedenen Epochen: In den 1930er Jahren standen noch Saucieren auf dem Tisch. Zusammen mit schwerem, wertigem Geschirr, das nach dem Krieg schlichtem Porzellan wich:



weiß-blau mit dem Schriftzug »Mensa«. In den 1970er und 1980er Jahren aßen die Studierenden von dreigeteilten Plastik-Tellern. Ergänzt wird die Ausstellung um das aktuelle Geschirr. Als Wanderausstellung zieht das kleine Stück Mensa-Geschichte durch verschiedene Mensen. *bk*

→ [www.studentenwerk-dresden.de/mensen/newsartikel-2097.html](http://www.studentenwerk-dresden.de/mensen/newsartikel-2097.html)

Illustration: Holger Koch, Katharina Neubert, Dominik Herrmann; Foto: Studentenwerk Dresden



## DSW-KURZPORTRÄT

»Wenn es mit Strom funktioniert, kann ich es erklären«

## Der Problemlöser

### Oliver Türpe, 26, Bachelor Mathematik und Informatik

Angefangen hat alles mit der Schülerhilfe – mit Nachhilfe für die Kleinen. Bereits während seines Lehramtsstudiums der Mathematik und Informatik an der Freien Universität Berlin ist Oliver Türpe zum Deutschen Studentenwerk gekommen. Hier hat er ab 2008 als Aushilfe in der IT-Administration begonnen. Sein Job? PC-Nachhilfe für die Mitarbeiter! Seit seinem Bachelor-Abschluss 2012 arbeitet Oliver Türpe als IT-Administrator im Referat Hochschulgastronomie. Nun plant und organisiert er vor allem Seminare zu »tl1«, der Betriebswirtschaftssoftware vieler Studentenwerke, sowie die EDV-Fachtagung. Zudem betreut er die Technik bei großen DSW-Veranstaltungen. Oliver Türpe hat allen gezeigt, dass man Computerprobleme nicht nur kompetent, sondern auch witzig und mit einem coolen Spruch lösen kann. Und wer hilft ihm beim Abbauen von Stress und Frust? Ganz einfach: Kendō, der japanische Schwertkampf. *jaw*

→ [oliver.tuerpe@studentenwerke.de](mailto:oliver.tuerpe@studentenwerke.de)

## MEDIEN

### Nachgelesen

#### Universum Kulturelle Bildung

Die Bedeutung von Kultureller Bildung, insbesondere für das lebenslange Lernen, nimmt immer mehr zu. Doch was versteht man eigentlich darunter? Wegen der Vielschichtigkeit und Vielfalt der Inhalte und Ausdrucksweisen kann es darauf keine allgemeingültige Antwort geben. Das Handbuch hat sich daher zum Ziel gesetzt, umfassend über die aktuellen Strömungen in Theorie & Praxis Kultureller Bildung zu informieren. Trotz der Prosaform handelt es sich um ein Nachschlagewerk: Es gibt Auskunft über Arbeitsformen, Felder, Forschung, Didaktik, Berufe und Weiterbildungsmöglichkeiten. »Die Künste und die Sinne«, »Tanz als Alltagskultur« und »Arbeitsmarkt Kulturelle Bildung« heißen drei von 176 Aufsätzen. Dank der Fülle an Informationen kann es zu Recht als Standardwerk betrachtet werden, das zur Professionalisierung des Bereichs beiträgt. *bk*

**Bockhorst, Reinwand, Zacharias: Handbuch Kulturelle Bildung**

→ [www.kopaed.de/kopaedshop/index.php?PRODUCT\\_ID=797](http://www.kopaed.de/kopaedshop/index.php?PRODUCT_ID=797)

#### Soziale Arbeit im Überblick

Was unterscheidet Chancengleichheit von Chancengerechtigkeit? Was versteht man unter interkultureller Kompetenz? Und was beinhaltet Managing Diversity? Antworten auf diese und viele weitere Fragen findet man im Wörterbuch der Sozialen Arbeit. Das Standardwerk enthält 310 Stichwörter sowie ausführliche Verzeichnisse der Organisationen/Institutionen und Fachzeitschriften der Sozialen Arbeit: Für die 7. Auflage wurde es vollständig überarbeitet. Es ist ein Nachschlagewerk und zugleich eine Einführung in die Soziale Arbeit. Insofern ist dieses Wörterbuch nicht nur Pflichtlektüre für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen, sondern kann



auch hilfreich für alle diejenigen sein, die schnell einmal nachlesen wollen, welche Wohlfahrtsverbände es in Deutschland gibt, wo die rechtlichen Grundlagen für Kindertagesstätten zu finden sind und wie der Leistungsumfang beim BAföG geregelt ist. *dsw*

**Kreft, Mielenz (Hrsg): Wörterbuch Soziale Arbeit**

→ [www.beltz.de/de/verlagsgruppe-beltz/themen/titel/woerterbuch-soziale-arbeit-2.html](http://www.beltz.de/de/verlagsgruppe-beltz/themen/titel/woerterbuch-soziale-arbeit-2.html)



Dieter Timmermann,  
Präsident des Deutschen  
Studentenwerks

Der DSW-Präsident hat das Schlusswort

## Arm, also weniger. Reich, also mehr.

Die Studienfinanzierung in Deutschland ist sehr komplex, vor allem aus juristischer Sicht. Sie berührt das Steuerrecht, das Sozialrecht, das Unterhaltsrecht. Und in dieser Komplexität gibt es Ungerechtigkeiten.

Ziemlich gravierende Ungerechtigkeiten sogar.

Beispiel Familienleistungsausgleich: Eltern werden über Steuerentlastungen indirekt gefördert, aber auch direkt durch das Kindergeld.

Eltern mit einem Spitzensteuersatz können über steuerliche Kinder- und Ausbildungsfreibeträge monatlich 300 Euro geltend machen. Selbst wenn diese Freibeträge wegfallen würden, können sie

Unterhaltszahlungen an ihre Kinder als außergewöhnliche Belastungen steuerlich absetzen.

**»Kein »Kind« darf dem Staat mehr wert sein als ein anderes. Staatliche Förderung muss transparent sein, und sie muss gerecht sein«**

Anders bei Eltern, die deutlich weniger verdienen und mit ihrem Einkommen im Eingangsteuersatz liegen. Sie erhalten über die Steuer lediglich 100 Euro im Monat.

Ich finde, das ist ungerecht. Um es zugespitzt zu formulieren: Kein

»Kind« darf dem Staat mehr wert sein als ein anderes. Staatliche Förderung muss transparent sein, und sie muss gerecht sein. Als Bürger erwarte ich das.

Nun zum Kindergeld: Wäre es nicht viel besser, das Kindergeld direkt an die Kinder auszuzahlen, sobald sie studieren? In der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird deutlich, dass etwa 200 000 Studierende nicht ausreichend von ihren Eltern unterstützt werden. 35 Prozent der Studierenden fehlen im Durchschnitt 101 Euro im Monat an elterlichem Unterhalt. Bei durchschnittlichen studentischen Ausgaben für den Lebensun-

terhalt von 812 Euro im Monat ist das viel Geld. Ich verstehe nicht, warum dieses Massenphänomen nicht schon längst die Politik auf den Plan gerufen hat.

Man könnte das Kindergeld schnell und ohne großen bürokratischen Aufwand direkt auszahlen. Für die Eltern würde sich finanziell nichts ändern – die Studierenden müssten nicht auf das Geld warten.

Es ist doch absurd: Kommen Eltern ihrer Unterhaltsverpflichtung nicht nach, verstoßen sie gegen geltendes Recht. Doch in der Praxis verschließen alle die Augen davor?

Das sind zwei Beispiele von »systemimmanenter« Ungerechtigkeit. Man muss nicht gleich das ganze System ändern, um sie zu beseitigen – wenige Schritte reichen schon. Man muss es nur wollen.

*D. Timmermann*

Antworten Sie oder diskutieren Sie mit Dieter Timmermann:  
dieter.timmermann@studentenwerke.de

Foto: Kay Herschelmann; Anzeiger; Lysanne Bellemeare; Pia Christmann; Ann Richter; Daniel Witmer (Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig)

Kunststudentinnen und Kunststudenten stellen aus  
21. Bundeswettbewerb des Bundesministeriums  
für Bildung und Forschung

# Atlas 2013

Ausstellung  
3. Mai – 2. Juni 2013

56 Studentinnen und Studenten aus  
24 deutschen Kunsthochschulen

Malerei	Installation	Fotografie	Grafik
Performance	Film	Bildhauerei	Audio/Video

Ausstellungseröffnung und  
Preisverleihung  
2. Mai 2013, 19.00 Uhr

20.000 Euro Preisgeld und 2 Stipendien

Kunst- und Ausstellungshalle  
der Bundesrepublik Deutschland  
Friedrich-Ebert-Allee 4  
53113 Bonn

Öffnungszeiten  
Di – Mi 10.00 bis 21.00 Uhr  
Do – So 10.00 bis 19.00 Uhr

www.kunst-wettbewerb.de

GEFÖRDERT VOM



ORGANISATORISCHER TRÄGER



BUNDESKUNSTHALLE



**Ich will's  
zärtlich.**

***mach's! aber mach's mit.***

**Mit Wissen & Kondom schützt Du Dich vor HIV und  
verringerst das Risiko einer Ansteckung mit anderen  
sexuell übertragbaren Infektionen (STI).**

**GIB AIDS  
KEINE  
CHANCE**

Bundeszentrale  
für  
gesundheitliche  
Aufklärung  
**BZgA**

Infos unter **www.machsmit.de**  
Telefonberatung unter 0221 – 89 20 31



Verband der Privaten  
Krankenversicherung



Eine Aktion der Bundeszentrale für gesundheitliche  
Aufklärung (BZgA), mit Unterstützung des  
Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V.,  
gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland.

**STI** Sexuell  
übertragbare  
Infektionen  
**Informier' Dich!**